

Der Friede von Konstantinopel und die Räumung Rumeliens.

Am 8. Februar ist der definitive Friedensvertrag zwischen Rußland und der Pforte von den beiderseitigen Bevollmächtigten, Fürst Lobanoff und Alexander Karathodory Pascha zu Konstantinopel unterzeichnet worden. Der „Friede von Konstantinopel“ nimmt den Berliner Vertrag, insofern er den Präliminarvertrag von San Stefano abgeändert hat, in sich auf, wobei man zugleich übereingekommen ist, daß durch diese Regifirung weder am Inhalt, noch an der Bedeutung des Berliner Vertrages etwas geändert worden sei. Er regelt die davon unberührt gebliebenen Bestimmungen des Präliminarvertrages. Er bestimmt u. A. die Summe der von der Pforte an Rußland zu zahlenden Kriegsschädigung (802,500,000 Frs.); den Zahlungsmodus und die Garantien für die Zahlung festzustellen, bleibt einer besonderen Vereinbarung vorbehalten. Er handelt von den Seiten der Pforte an russische Unterthanen zu zahlenden Entschädigungen und von den Verpflegungskosten der türkischen Kriegsgefangenen. Er stellt die früheren Capitulationen und Handelsverträge wieder her u. s. w. Wegen der Kriegsschädigungen für Rumänien, Serbien und Montenegro bleibt es diesen, inzwischen für unabhängig erklärten Staaten überlassen, mit der Pforte in selbstständige Verhandlungen einzutreten. Nach dem Austausch der Ratificationen sollen die russischen Truppen damit beginnen, Rumelien zu räumen. Die zwischen der Pforte und Montenegro zu bewirkende Uebergabe der wechselseitig noch besetzt gehaltenen Gebietsheile ist der Unterzeichnung des definitiven Friedensvertrages unmittelbar vorausgegangen.

So wäre denn der russisch-türkische Krieg, der am 24. April 1877 mit der Kriegserklärung Rußlands seinen Anfang genommen hatte, definitiv beendet, nachdem über ein Jahr, seit dem Abschlusse des Waffenstillstandes von Adrianopel am 31. Januar 1878, mit den Friedensverhandlungen hingegangen ist. Die Pforte tritt demnach wieder in den Besitz ihrer vollen Hoheitsrechte über die bisher von russischen Truppen besetzten und von russischen Beamten verwalteten Gebietsheile. Was die autonome Provinz Ost-Rumelien betrifft, so wird die Räumung derselben vor dem Beginn des Sommers zu erfolgen haben, wenn nicht etwa die im Berliner Vertrage festgesetzte Räumungsfrist von neun Monaten, gerechnet vom Austausch der Ratificationen jenes Vertrages durch allseitiges Uebereinkommen eine Verlängerung erfährt. Die türkischen Truppen werden die russischen Truppen in Ost-Rumelien ablösen, da ja nach dem Berliner Vertrage (Artikel 25) der Sultan das Recht besitzt, für die Vertheidigung der Land- und See-Grenzen jeder Provinz durch die Errichtung von Befestigungen an jenen Grenzen und die Unterhaltung von Truppen darin zu sorgen. In den Balkanpässen würden demnach die türkischen Truppen den bulgarischen Milizen gegenüberstehen. Im Fürstenthum Bulgarien darf nach dem Berliner Vertrage (Artikel 11) die türkische Armee sich nicht mehr aufhalten.

Wir werden demnach in der nächsten Zeit wieder von Truppenbewegungen auf der Balkanhalbinsel hören und es wird sich daran, wie man leider befürchten muß, manche unheimliche Kunde von schweren Gräueltaten schließen, die zwischen den Bevölkerungen verschiedener Glaubens nach dem Abzuge der russischen Truppen aneinander verübt worden sind. Während der russischen Occupation war die christliche Bevölkerung, in Sonderheit die bulgarische, weniger die griechische, in der Lage gewesen, sich über die muslimännische zu erheben. Wie man weiß, sind die Besitzthümer der geskichteten muslimännischen Familien vielfach verwüstet und ausgeraubt worden; mit den türkischen Truppen wird ein großer Theil dieser Furchtlinge in die alte Heimath zurückkehren. Die türkischen Beamten und Offiziere werden kaum im Stande, und meist auch gar nicht Willens sein, den Ausbrüchen des Glaubenshasses und der Privatraube bei den zurückkehrenden Muslimännern zu wehren, sobald sich nur irgend ein Scheingrund für ihre Nicht-Einmischung aufstreben läßt. Im Hinblick auf solche schlimme Folgen der Räumung Ost-Rumeliens auf die furchtbare Saat des Hasses und der Rache, die dort in die Halme schießen muß, wenn die türkischen Truppen vor Einrichtung jener „eingeborenen Gendarmen“, die nach Artikel 15 des Berliner Vertrages, „unterstützt von einer Localmiliz“, die innere Ordnung in der Provinz Ost-Rumelien aufrecht erhalten soll, dort einrücken, ist denn auch von russischer Seite in der mit der Organisation dieser Provinz betrauten europäischen Commission die Forderung gestellt worden, daß eine Occupation durch ein, aus Contingenten verschiedener europäischer Mächte zusammengesetztes Truppencorps stattfinden möchte. Jedoch ist eine Einigung darüber nicht erzielt worden, so daß es bei der Befehung Ost-Rumeliens durch türkische Truppen sein Bewenden behalten dürfte.

Da unter der bulgarischen Bevölkerung Ost-Rumeliens ein brennendes Verlangen nach Vereinigung mit dem „Fürstenthum Bulgarien“ herrscht und in letzterem mit einer starken Gegenliebe erwidert wird, so können Racheacte von der muslimännischen an der christlichen Bevölkerung Ost-Rumeliens unter dem Schutze türkischer Truppen verübt, immerhin zu einem förmlichen Aufstande der Bulgaren Ost-Rumeliens und zur Unterstützung desselben aus dem Fürstenthum Bulgarien führen. Hier wird, so lange noch ein Rest türkischer Herrschaft besteht, auch ein Heerd des Aufstandes glücken. Durch die Dreitheilung Bulgariens — denn außerhalb des „Fürstenthums“ und der „autonomen Provinz“ lebt im unmittelbaren Reichsgebiete der Pforte bis an die Grenze Albanens und Thessaliens noch eine zahlreiche, compacte Bevölkerung bulgarischer Nationalität! — ist die bulgarische Frage nicht gelöst. Von ihr aus wird die nächste, vermuthlich letzte Phase des osmanischen Reiches in Europa ihre Signatur empfangen.

Breslau, 14. Februar.

Die letzten Tage des Abgeordnetenhauses scheinen durch die Debatten über die Resolutionen der Budgetcommission eine außerordentliche Bedeutung zu gewinnen; besonders hat die Rede des Ministers Maybach in der gestrigen Sitzung eine große Beachtung gefunden. Offen und klar, durch tüchtige Sachkenntnis ausgezeichnet, sprach er sich über das Staatsbahnsystem aus und vindicirte demselben große Vortheile vor dem gemischten System. Wie es scheint, dürfte das Staatsbahnsystem die Majorität im Abgeordnetenhause gewinnen.

Für die Zollpolitik des Reichskanzlers spricht sich heute das

Organ des Centrums, die „Germania“, ziemlich entschieden aus, indem sie schreibt:

Dem Reichstage sind schwierige Aufgaben gestellt, deren Lösung heiße Kämpfe nicht ersparen wird. Die Aufgaben erfordern Sachkenntnis und Besonnenheit und jene Objectivität, welche in dem Widerstreit der Interessen die richtige Mitte zu suchen bemüht ist und zu finden weiß. Der Centrumsfraction wird in den bevorstehenden Kämpfen eine wichtige und verantwortliche Aufgabe zufallen, da die Entscheidung voraussichtlich oft in ihre Hand gelegt sein wird. Um so ernster wird sie die Vorlagen zu prüfen und um so sorgfältiger wird sie gegenüber dem Interesse Einzelner das Wohl der Gesamtheit abzuwägen haben. Das Centrum hat seine Stellung in den wirtschaftlichen Fragen bereits durch den Beitritt zur Erklärung der 204 documentirt und sieht heute noch auf dieser Erklärung, welche ebenso Schutz für die Industrie wie für die Landwirtschaft fordert. Für das Centrum ist nicht die Finanzreform, sondern die Zollreform das Dringendste, und wenn der Reichskanzler dem Reichstage Vorlagen zugehen läßt, welche in zoll- und handelspolitischer Beziehung Reformen anbahnen, so wird er im Centrum einen principiellen Widerstand nicht finden.

Da die Zollreform des Reichskanzlers außer den Conservativen auch einen Theil der Nationalliberalen für sich hat, so könnte die „Germania“ Recht haben, daß dem Centrum in diesen Fällen die Entscheidung zufällt.

Mittheilungen aus Konstantinopel zufolge sollte gestern der mit der Ratification des Sultans versehene russisch-türkische Friedensvertrag nach St. Petersburg abgehen. Die russische Räumungsbewegung voll bereits in 10 Tagen beginnen und ein großer Theil der um Abmarsch bestimmten Armee wird in Burgas eingeschifft werden. In Ost-Rumelien bleiben bis zum Monat Mai, und zwar unter dem Oberbefehle des Generals Fürst Dondukoff, die zwei Divisionen der Generale Stolypin und Stobeleff in der Gesamtstärke von 50,000 Mann.

In Italien zeigen sich die Anhänger Nicotera's durch den dieser Tage an dieser Stelle erwähnten Brief Sella's nicht wenig verstimmt, weil darin wohl der Patriotismus Carotri's, nicht aber der des Barons von Salerno eine ehrenvolle Anerkennung erhalten hat. Die „Gazetta della Capitale“ meint, der Brief Sella's werde zur Folge haben, daß die Linke sich wieder einige und in geschlossener Phalanx der Rechten wieder gegenüberträte. Dazu ist indeß, wie der „Verlagere“ zeigt, vorläufig noch keine Aussicht vorhanden. Eben so wenig wird es aber — wie eine Römische Correspondenz der „S. M.“ meint — Herrn Sella gelingen, die Mitglieder der Rechten zu bekehren, welche von ihren clericalen Ansichten nicht lassen und voraussichtlich in den religiösen Fragen auch für die Folge nicht mit ihm harmoniren werden. Der mit einer Nichte Capour's vermählte Senator Wardese Carlo Alfieri deutet dies in einem an den Chefredacteur der „Libertà“ gerichteten Briefe an. Er bekennt sich zwar als einen Schüler des großen Staatsmannes, der Italien geschaffen, und huldigt dem Principe: „Der freien Kirche im freien Staate“, wonach es selbstredend sei, daß die Kirche sich nicht in Angelegenheiten des Staates zu mischen habe; er will aber, daß jene Hand in Hand mit dem Staate gehe und Einfluß auf die Moral und auf die Erziehung der Jugend übe.

Dem Londoner „Standard“ wird aus Berlin telegraphirt: Dr. Falk, welcher bislang noch nicht persönlich mit dem Vatican in Unterhandlungen getreten war, steht jetzt in directer Verbindung mit dem Cardinal Nina. Die schwierigste Frage ist die vom Vatican verlangte Amnestie der verurtheilten Bischöfe und Geistlichen. Die deutsche Regierung besteht darauf, daß dieselben Gnadengesuche einreichen und nicht mehr auf ihre Posten zurückkehren; wahrscheinlich wird ein Mittelweg ausfindig gemacht werden.

In Frankreich hat die Unversämtheit der in der „Revolutions Française“ auftretenden journalistischen Communards die Regierung in eine sehr unangenehme Klemme gebracht. Es ist der letzteren nämlich, wie vorauszusehen war, nicht möglich gewesen, die gegen sie erhobenen ungerechten Angriffe durchaus zu ignoriren, und sie hat vielmehr sich genöthigt gesehen, gegen die „Revolutions Française“ die Anklage erheben zu lassen. Dabei hat sie es aber nicht umgehen können, daß man von einem Gesetze des Kaiserreiches gegen die Communards Gebrauch macht, dessen Anrufung freilich den Republikanern nicht schon zu Gesicht steht. Wie weit die Unversämtheit der Herren Communards thatsächlich gegangen ist, darüber giebt ein Bericht der „R. Z.“ die beste Auskunft. Dem genannten Blatte schreibt man nämlich aus Paris unter dem 11. d. Mts., wie folgt:

Ein früherer Commune-Offizier, Joubert, ließ sich sogar verleiten, in der „Revolutions Française“ sich selbst die Amnestie zuverlernen und sich mit Titel, Würden und Hausnummer zu bezeichnen: „Ingenieur, Militär-Ingenieur, Commandant der 7. Section der Fortifikationen, Wohnung 68 bis 75, augenblicklich Commis, 8 Rue des Immeubles.“ Natürlich müßte auch hiergegen eingeschritten werden. Darob denn der Lärm hüben und drüben sehr groß ist. Die Bonapartisten jubeln: „Einem Trost haben wir doch, daß, wenn eine neue Commune entsteht, die Herren Grevy und Gambetta eher jüstirt werden als wir.“ Die Radicalen aber können es nicht erwinden, daß sie, angeführt der Amnestie, vermittelst eines alten bonapartistischen Gesetzes verurtheilt werden sollen. Bitter beklagt sich daher heute die „Revolutions“, welche ihre Anrede an Grevy und die Minister fortsetzt: „Ihr sprecht von entehrenden Strafen, aber ihr seht nicht, daß das einzige, was entehrt, nur euer Betragen ist, ihr Minister der Republik, die ihr zum Debut die Schube des Kaiserreiches angezogen habt!“ Jedenfalls ist eins sicher: Lehren die Körperphänomene des Communardentums nach Paris zurück so wird es in der Presse niemals an Heiberieien fehlen. Eine Satire auf die Zurückgekommenen enthält heute schon das „Paris Journal.“ Sie ist betitelt: „Die Rückkehr der verlorenen Söhne.“ Die Satire ist dramatisirt. Victor Hugo, der Communardenfreund, sitzt in seiner Studirstube und arbeitet an einer Rede, die er nächstens im Senate halten will, als seine sogenannte Haushälterin Brigitte ihm die Nachricht bringt, daß man draußen ihn zu sprechen wünscht. Es sind die zurückgekehrten Communards, und bald treten auch ihrer zwölf herein und spielen ohne weitere Einleitung auf das Bewillkommungs-Frühstück an, obgleich ihnen Victor Hugo lieber ein Stück aus seinen „Chansons des rues et des bois“ vorlesen möchte. Brigitte bemerkt schüchtern, es sei nur noch ein Stück Kalbsbricadeau da, worauf sie denn von Victor Hugo zum benachbarten Wirth geschickt wird, erhält aber vorher den Wink, das Silberzeug vor den Händen der raubfüßigen Bande in Sicherheit zu bringen. Wie zu erwarten stand, fällt das Frühstück sehr schlecht aus, schlechter, als in Numea, wie einer der Geladenen schreibt; Victor Hugo stößt wiederholt auf das letzte Glas an, aber der Wink wird nicht verstanden. Zum Schluß nehmen sie sich als Ersatz für das Frühstück allerhand Andenken aus des Dichters Wohnstube mit, was sich Victor Hugo noch gefallen läßt; als ihm aber Einer mittheilt, daß sie erstens regelmäßig an einem Wochentage bei ihm vorkommen, und daß alle zweitausend Begnadigten der Reihe nach ihm ihre Aufmerksamkeit machen würden, ruft Victor Hugo seiner Haushälterin zu: „Brigitte, vad' die Koffer, wir ziehen wieder nach Guernsey.“

In England hat die Hubschiffahrt vom Caplande ungeheures Aufsehen erregt. Der Begehr nach Zeitungen, schreibt die „Allgem. Correspondenz“, war in Folge davon auf den Eisenbahn-Stationen, in der City u. s. w. größer, als zu irgend einer Zeit seit dem deutsch-französischen Kriege. In Aldershot,

Portsmouth und Chatham verursachte die Kunde von der Niederlage der britischen Waffen die größte Aufregung und Bestürzung. Viele Offiziere erklärten, daß nur Mangel an Umsicht und schlechte Führung die Katastrophe herbeigeführt haben konnten. Es wurde auch die Befürchtung ausgedrückt, daß die Einschiffung der Verstärkungen vor 14 Tagen nicht möglich sein werde. Dabei steht es fest, daß das 24. (2. Warwickshire) Regiment, welches den Berichten zufolge solch schreckliche Verluste bei dem Angriff der Zulus erlitten hat, unter den hervorragendsten Regimentern der britischen Armee mit obenan steht. In der Tagespresse hat die Niederlage der britischen Truppen in Südafrika jedes andere politische Thema tief in den Hintergrund gedrängt und sämmtliche Journale beschäftigen sich lebhaft mit dem traurigen Ereigniß. Die „Times“ betrachtet den erlittenen Verlust als unersehlich, hegt aber die Zuversicht, daß die verlorenen Vortheile schleunigst wiedergewonnen werden dürften.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

52. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 13. Februar.

(Schluß.)

Abg. Richter (Hagen): Die umfassenden Darlegungen des Ministers ermöglichen es mir, statt, wie gestern, nur gegen einen Vorredner zu plänkeln, heute tiefer auf die Sache einzugehen. Der Minister wundert sich, daß die Budgetcommission, ohne eine Vorlage vor sich zu haben, die allgemeine Eisenbahnfrage behandelt hat. Aber ein Generalbericht über den Haushalt, in welchem die Eisenbahnen mit 169 Millionen figuriren, würde unverständlich sein, ohne Stellungnahme zur Eisenbahnfrage. Der Antrag, unter den gegenwärtigen Verhältnissen vom Ankauf von Vollbahnen Abstand zu nehmen, rührt nicht, wie die officöse Presse meint, von mir her, sondern giebt einem Gebanten Räder's Ausdruck, welchen derselbe schon in der Generaldiscussioin mit den Worten ausgedrückt hat, man wolle auf diesem Gebiet für einige Jahre Ruhe haben. Die 2000 Kilometer, über welche der Minister verhandelt, also der Ankauf von Berlin-Stettin, Köln-Gießen, Magdeburg-Halberstadt, Hannover-Altenbeken und Berlin-Potsdam-Magdeburg würde unsere Staatspapere um 786 Mill. M. vermehren, unsere Staatsbeamten um 7000 Köpfe und den Jahreshaushalt um 80 Mill. M. erweitern. Zu solchen Plänen, die nicht in den Bureaus geblieben, sondern auf den öffentlichen Markt getreten sind, muß man Stellung nehmen, wenn man nicht die Verantwortung übernehmen will für das, was vorgeht. Diese Verhandlungen sind zum Theil vom Minister Achenbach eingeleitet, alsdann aber vom Minister Maybach erweitert und sehr energisch betrieben worden. Ueber Jahresfrist schweben theilweise diese Verhandlungen. Denken Sie sich, wie schon eine Gutswirtschaft leiden müßte, wenn über dieselbe so lange hin- und hergehandelt würde. Meliorationen unterbleiben, Neuerungen treten nicht ein, Herr und Diener wird unzulässig. Das Alles lastet schwer auf unserm Eisenbahnwesen. (Sehr wahr!) Niemand weiß, was dabei schließlich herauskommen wird. Die Verhältnisse der Börsen sind der Ausdruck der Unsicherheit und wirken auf andere Verhältnisse zurück. Die „Zeitung der Eisenbahnverwaltungen“ schilderte schon im August das Respektreiben an der Börse nach schweren Eisenbahnnactien seit dem Amtsantritt des Ministers Maybach. Der Jahresbericht der „Vossischen Zeitung“ über den Börsenverleber schildert ausführlich die fortgesetzte Beunruhigung des Eisenbahnnactienmarktes im Jahre 1878, den „Anfang und Schwund“, den die sich abwechselnden Gerüchte über den Gang der Verkaufsverhandlungen hervorgerufen. Diese Verhandlungen ziehen sich wegen der großen Zahl von Collegen, welche die Entscheidung haben, ins Unendliche hin und können nicht zum Abschluß gelangen, weil im Laufe der Verhandlungen unter den Beteiligtein sich der Urtheil über den Werth des Objects ändert. Im Eingang seiner Rede meint der Minister, was dem Ankauf von 2000 Kilometer zu den vorhandenen 6000 Kilometer Staatsbahnen groß ändere. Er selbst aber sucht am kleinsten Finger die ganze Hand zu fassen. Aus der Staatsgarantie für die pommerschen Linien sucht er den Kauf von Berlin-Stettin zu folgern, der mit jener Nebenlinie gar nicht zusammenhängt. Er sucht uns ebenjo durch Berlin-Weßlar präjudicirt darzustellen für den Ankauf jener 2000 Kilometer. Gemiß hat Berlin-Weßlar seine Consequenzen gezogen, aber man soll nicht Falsches daraus herleiten.

In den Motiven der Vorlage Berlin-Weßlar (Redner verliest dieselben) ist nur dargelegt, daß die Linie die Rentabilität der vorhandenen Bahnen nachhaltig sichern und eine Concurrenz dem Staate gegen die beiden andern Linien nach dem Südwesten ermöglichen solle. Allerdings nannte man damals Berlin-Weßlar den Rückgrat des Staatsbahnsystems — heute schon stellt dies Halle-Sora-Guben dar — nimm aber will der Minister zum Rückgrat auch Nippen und Fleisch haben. Für die Zukunft stellt er es auch jetzt wieder so dar, als wenn er nur eine Hauptverbindungsline überallhin wolle. Hat er aber erst diese, so wird er auch wieder später Nippen und Fleisch verlangen, bis er zum ausschließlichen Staatsbahnsystem gekommen ist, wie er es auch heute schon in der Theorie befüwortet. Allerdings hat man in Preußen schon verschiedene Anläufe in dieser Richtung gemacht. Aber eben der Umstand, daß man stets wieder davon zurückgekommen ist, beweist, daß derselbe für Preußen nicht taugt und das gemischte System vorzuziehen ist. Die Mobilmachung von 1859 hat nur den nächsten Anlaß gegeben, die Amortisation der Privatbahnen zu stillen. Vorgelesen aber war dies schon im Finanzprogramm, welches Minister von Patow als liberaler Abgeordneter der drohenden Steuervermehrung gegenüber entwidelte. Auch jetzt wird in derselben Weise die Steuervermehrung gebieten, in der Verstaatlichung der Bahnen inzunehalten. Baiern und Sachsen haben ihre Privatbahnen nur unter dem Druck des Reichseisenbahnprojectes angekauft. Sie leiden jetzt schwer finanziell unter den Deficits ihrer Eisenbahnen. Die Eisenbahn-Enquete-Commission von 73 hatte wesentlich die Aufgabe, die thatsächlichen Verhältnisse über die Handhabung des Concessionswesens in den Vorjahren klarzustellen und hat diese Aufgabe gut erfüllt. Dasselbe läßt sich nicht von ihren legislatorischen Vorschlägen sagen, auf welche sich der Minister berufen hat. Für den letzteren Zweck war sie einseitig und nicht geeignet besetzt. Keiner ihrer Vorschläge hat darum bisher Beachtung gefunden. Dieser Theil des Berichts ist hier nicht einmal zur Verhandlung gekommen. Rasse und Laster sind keineswegs ohne Bedenken und Vorbehalte bezüglich der Durchführung des Staatsbahnsystems. Falls das Experiment mißlingt, meint Rasse, könne man ja die Bahn wieder verpachten. Laster meint, man könne die Bahn eventuell wieder an Provinzialverbände übertragen. Neue und verschiedene Probleme erscheinen also am Ende der Durchführung des Projects. Nur unter schweren Verlusten und Erschütterungen wird man vom Staatsbahnsystem wieder zu einem anderen zurückkehren können. Man müßte doch jetzt die geträumten Vortheile eines großen Staatsbahnsystems schon erkennen können. Neben 6000 Km. Staatsbahn verfügt Herr Maybach über 4000 Km. Privatbahnen unter Staatsverwaltung. Von 27,000 Km. Eisenbahnen in Deutschland sind 16,000 in Staatsverwaltung. Das System Maybach würde schließlich 20,000 Km. von jetzt bestehenden Bahnen unter die Berliner Central-Verwaltung bringen, uns einen Jahresact dieser Bahnen von 500 Millionen schaffen, und die Staatsschuld auf 5 Milliarden, die Staatsbahnbeamten auf 70,000 Köpfe bringen.

Welche Concurrenz bringt die Verwandlung aller Actien in feste zinstragende Papiere für den Hypothekerverkehr mit sich? Wo sind die Vortheile, welche solche Riesenpläne versprechen? Der Minister spricht von der Vermeidung des Baues von Doppelbahnen; aber bis 1867 hat die Entwicklung des preussischen Eisenbahnwesens gerade unter dem bis dahin bestehenden Verbote von Parallelbahnen schwer gelitten. Wohl hat die Entwicklung des Eisenbahnwesens unter particularistischer Handhabung des Concessionswesens bei der Vorkaeterei gelitten, aber der frühere Präsident des Reichseisenbahnactes V. Scheele hat im Gegensatz zum Minister Maybach 1873 in einer Denkschrift zum Reichseisenbahngesetz anerkannt, wie

gerade der Umstand, daß man in Deutschland, nicht wie in Frankreich gleich die kürzesten Linien gebaut, uns gute Verkehrslinien, damit eine Masse von Quellen eröffnet, welche wir sonst vielleicht nicht hätten. Diefem Umstand verbanden wir das gemischte System, welches ein Vorzug sowohl Privatbahnen wie Staatsbahnen gegenüber sei. Der weitere Bau von Doppellinien steht aber jetzt überhaupt nicht mehr in Frage. Gewiß war die Privat-Eisenbahnindustrie nach 1871 eine unglückselige. Aber nicht das gemischte System, sondern die unverantwortliche Handhabung des Concessionswesens trägt die Schuld an dem Schwandel auf einem Gebiete, wo ihn gerade die Concessionsgesetze hätten fernhalten können. Wie die nicht rentablen Staatsbahnen, so haben auch die nichtrentablen Privatbahnen für die betreffenden Landschaften ihre Vortheile, aber für unrentable Privatunternehmungen büßen jetzt die Actionäre im Mangel von Dividenden; für unrentable Staatsbahnen aber büßen die Steuerzahler. (Sehr richtig!) Hätte 1871 das reine Staatsbahnsystem bestanden, unser Deficit wäre jetzt noch weit größer. Gerade die Abgeordneten aus Gegenden mit Staatsbahnen handeln ihren Interessen entgegengekehrt, wenn sie gegen das gemischte System vorgehen. Daß, wo das Staatsbahnsystem ausschließlich herrscht, künftig neue Bahnen nur Staatsbahnen sein werden, ist ausgemacht. Jene Gegenden werden aber um so weniger Staatsbahnen bekommen, je mehr in der Ausnutzung des Staatscredits für Eisenbahnzwecke künftig ihnen Gegenden Konkurrenz machen werden, wo heute noch das gemischte System besteht. Nicht können Ueberschüsse der Bahnen im Westen ein Deficit im Osten decken; denn die größere Zahl der Bahnen im Westen macht die einzelne weniger rentabel. Deutschland ist zu arm, um die Entwidlung des Eisenbahnwesens auf die Form eines Credits zu stützen. (Redner verliest eine Stelle aus der Rede des Ministers Achenbach von 1873, worin dieser anerkennt, was das Privatcapital im Eisenbahnwesen geleistet hat und unter Umständen bei staatlicher Capitalarmuth wieder werde leisten müssen.) Ist das reine Staatsbahnsystem durchgeführt, so wird man das Privatcapital später vergeblich suchen.

Der Minister wundert sich, warum die Privatbahnen gegen ihn mißtrauisch seien. Der Hahn stellte zum Regenwurm eine ähnliche Frage. (Heiterkeit.) Nur nicht ängstlich! meinte er, es ist ja nur ein Uebergang! Wer die Privatbahnen kaufen will, kann beim besten Willen psychologisch nicht unbefangene die Aufsichtrechte handhaben. Die Verdoppelung der Staatsbahnen hat bisher die Beamtenzahl auf denselben pro Kilometer nur um 1 1/2 Procent und auch nur vorübergehend vermehrt. Der Minister spricht von Decentralisation; aber zu keiner Zeit ist im Eisenbahnwesen so viel centralisirt, rescriptirt, generalisirt und schablonisirt worden. Wo wie bei Staatsbahnen die finanzielle Verantwortlichkeit centralisirt ist, hat die Decentralisation wenig Spielraum. Das Aeußerste hat der Reichszentraliser an Centralisation vor mit seiner neuen Eisenbahntarifcommission. Die individuellen Interessen der einzelnen Eisenbahnunternehmungen, auf welche der Minister hinweist, sind überhaupt die individuellen Interessen der betreffenden Landschaften. Soll die Privatwirtschaft und die Konkurrenz in Deutschland überhaupt nicht aufhören, so müssen die Eisenbahnen den verschiedenen Interessen Rechnung tragen. Was der Reichszentraliser als Unklarheit und Verwirrenheit ansieht bei den Eisenbahnen, ist dasselbe, was die Socialisten ebenso in der gesammten Privatwirtschaft bezeichnen. Ich weiß nicht, was der Minister als „Hoffaat der Privatbahnen“ bezeichnet. Ich weiß nur, daß unsere Staatsbahnen von 100 Directionen-Mitgliedern verwaltet werden, und daß im Verwaltungsplan des Ministers für die Staatsbahnen 3 Etagen von Collegen über einander gebaut werden sollen. Die Entwidlung unseres Eisenbahnwesens bedingt gerade eine größere Verantwortlichkeit der Einzeldirectionen, Berücksichtigung localer und individueller Verhältnisse (Sehr richtig!) und eine Initiative im Aufsuchen und Ermöglichen von Transporten, wozu Staatsdirectionen nicht geeignet sind. Der Minister will seine Directionen Fühlung mit dem Geschäftsleben finden lassen und will doch mit den Privatdirectionen Verwaltungen besichtigen, in denen gerade Geschäftsmänner sitzen. Seine neuen Eisenbahn-Beiräthe haben sich wenig bewährt. Die Geschäftsmänner fangen schon an, derselben überdrüssig zu werden. Der neue Landes-Eisenbahnrat ist hier noch nicht erwähnt worden und verdient auch solche Erwähnung nicht. Er ist das Herrbild eines Collegiums, für welches der Minister Tagesordnung, Anträge, Vorlesende und sogar Referenten bestimmt. (Hört!) Das mag dem Minister angenehm sein, um seine Verantwortlichkeit zu decken, weiter aber hat es seinen Zweck. Wir haben so viel Beiräthe und Enquete-Commissionen jetzt in Deutschland, daß ein Hinweggehen derselben wesentlich zur Verbilligung und Klärung beitragen würde. (Redner wird von der rechten Seite durch Schluß-Rufe unterbrochen.) An dem Zuhören der Herren von der Rechten liegt mir weniger, als daß das Land zu den Ausführungen des Ministers sofort die entsprechende Kritik erhält. (Sehr wahr! links.)

Man mag über das zukünftige Staatsbahnsystem denken wie man will, nach seiner Seite sind die Voraussetzungen dafür, darin stimme ich mit Lafer überein, gegeben. Immer wird der Schwerpunkt der Tarifgestaltung — dagegen vermag kein Gesetz zu schützen — bei der Verwaltung liegen. Welcher Mißbrauch kann mit der Eisenbahnmacht politisch getrieben werden! Muß doch anscheinend schon jetzt die Eisenbahnfrage der hohen Politik Dienste leisten. Kein jährliches Steuerbewilligungsrecht paralysirt die Machterweiterung aus dem Ankauf von 2000 Km. Wie das Staats-Eisenbahnpersonal zu Wahlzwecken gebraucht werden kann, hat man in Königsberg gesehen. In einem Augenblick, wo wichtige verfassungsmäßige Freiheiten bedroht werden — (Ob! rechts); jawohl, zwingen Sie mich nicht,

über die Bedrohung der Redefreiheit hier weiter zu sprechen — überträgt man unter keinen Umständen der Regierung eine größere Macht, welche auch auf die politischen Verhältnisse zurückwirkt. Dazu kommt die gegenwärtige Finanzlage. Allerdings will der Minister aus schwankenden Privatrenten gute feste Staatsrenten machen. Aber damit überträgt er die Schwankungen nur auf den Staatshaushalt. Der Minister hat uns wohl zur Auswahl 4 verschiedene Berechnungen gegeben, was die Staatsbahnen in Preußen in 25 Jahren Ueberschuß ergeben haben. Die Berechnungen sollen ergeben 120, oder 140, oder 200 oder 220 Millionen. Aber alle diese Rechnungen sind falsch und haben nur Makulaturwerth. Kein objectiver Statistiker wird dieselben als richtig anerkennen. (Redner fährt im Einzelnen aus, wie bei diesen Berechnungen das Anlagecapital, und die Verwaltungsausgaben unvollständig und der Zinsfuß der Staatsanleihen nach einem falschen Durchschnitt berechnet worden sei.) Der Minister möchte vom Anlagecapital der Bahnen abschreiben, was aus beliebigen Staatsmitteln zur Tilgung von Eisenbahnanleihen verwendet worden ist. Aber der Minister kann doch nicht etwa die Tapferkeit des Heeres und die erkämpfte Kriegscontribution den Staatsbahnen als Verdienst zurechnen. (Sehr wahr!) Die Staatseisenbahnen verzinsen sich heute noch nicht mit 3 1/2 pCt.; im nächsten Jahr wird das Verhältnis noch schlechter sein, weil im Betrieb befindliche Bahnen noch nicht vollständig ausgebaut sind, und Kohlen- und Schienenpreise sicher steigen werden. Was kann es uns trösten, daß Staatsbahnen gleich Privatbahnen in früheren Jahren, als das Eisenbahnwesen noch nicht entsprechend entwickelt war, mehr Gewinn gebracht haben, wenn sie heute wenig bringen und künftig noch weniger bringen werden. Gerade die Verkaufsverhandlungen über Berlin-Stettin zeigen, daß sich überhaupt heute nicht sagen läßt, was eine Bahn werth ist. Im November 1867 wollte die Regierung Berlin-Stettin gegen 5 1/2 pCt. Kente kaufen. Die Actionäre bielten dies für zu wenig. 1877 hat die Bahn 7 pCt. Dividende gegeben; Ende 1878 dagegen erklärte die Direction, daß sie nicht 4 pCt. vorzuschußweise zahlen könne, weil selbst eine solche Dividende pro 1878 nicht sicher sei. Hätten wir zu 5 1/2 damals gekauft, so würden wir heute den Nachtheil haben. Jetzt unterhandelt man über den zweifelhaften Werth von 4 1/2 bis 4 3/4. — Nach der Disposition der Sitzungen und der Rednerliste muß ich auch heute wieder abbrechen. Ich behalte mir vor, nach diesen Ausführungen zur Sache morgen noch die tatsächliche Stellung meiner Partei zu den vorliegenden Anträgen auseinanderzusetzen. (Weiß! links.)

Präsident v. Bennigsen erklärt es für notwendig, daß das Haus seine Entscheidung über die das Eisenbahnwesen betreffenden Resolutionen noch heute Abend in einer um 8 Uhr beginnenden Sitzung, die über die Quotierung der directen Steuern morgen zum Abschluß bringe. Abg. Hänel bewundert die rüstige Kraft des Präsidenten, bedauert aber, daß die seinige mit ihr nicht Schritt halten kann. Dagegen sei es unerlässlich für alle weiteren Dispositionen sich über die Vorlagen zu verhandeln, die in dem Rest der Session überhaupt und unter allen Umständen erledigt werden müßten. Abg. Windthorst (Weppen) ist für seine Person mit der Eisenbahnpolitik fertig und hat gegen die Abendstimmung nichts zu erinnern, weil er den Wahlact im Reichstag lediglich als Erholung betrachtet. Dagegen hält es Abg. Lafer für unmöglich, diese wichtigen Debatten im Zustande höchster Uebermüdung zum Abschluß zu bringen und ein bloß äußerlicher Abschluß sei ohne Werth. Die Frage der Abendstimmung sei weniger eine Frage der Geschäftsordnung als eine für Mediciner. Abg. v. Rauchs, obwohl selbst dem Reichstage nicht angehörig, hält es doch für geboten, auf diejenigen Rücksicht zu nehmen, die aus dieser vierstündigen Verhandlung dem langwierigen Wahlact im Reichstag beiwohnen müssen und von 10 Uhr früh bis Mitternacht im Dienst bleiben sollen. Auch sei daran nicht zu denken, daß das Haus morgen mit den Resolutionen bezüglich der Quotierung der directen Steuern fertig werden könne.

Das Haus lehnt den Vorschlag einer Abendstimmung ab, die nächste wird auf Freitag 10 Uhr angelegt. (Eine Stimme ruft: 9 Uhr! aber ohne Erfolg.)

Herrenhaus. 12. Sitzung vom 13. Februar.

1 Uhr. Am Ministerische: Friedenthal und mehrere Commissarien. Erster Gegenstand der Tages-Ordnung ist der Entwurf einer Schiedsmannsordnung.

Obwohl Graf Krassow seine Bedenken gegen die vom anderen Hause vorgenommenen Aenderungen nicht zurückhält, so wird doch die Vorlage in der Fassung des Abgeordnetenhauses mit einer redactionellen Aenderung auf den Antrag Bredts en bloc angenommen.

Das Gleiche geschieht in Betreff des Gesetzentwurfs, betr. die Dienstverhältnisse der Gerichtsschreiber und eines Ausführungsgesetzes zum deutschen Gerichtskostengesetze und zu den deutschen Gebührenordnungen für Gerichtsvollzieher und für Zeugen und Sachverständige.

Graf zur Lippe erläßt sodann den Bericht der Matricelcommission und beschließt das Haus demgemäß die Sitz der Oberbürgermeister Hobrecht und v. Jordanbeck, sowie des Bürgermeisters Dr. Lehmann für erledigt zu erklären, sowie den Minister des Innern zu ersuchen, für die Städte Berlin, Breslau und Greifswald thunlichst bald anderweite Präsentationswahlen zu veranlassen. Ferner beschließt das Haus zu erklären, daß das Mitglied des Herrenhauses, der großherzoglich badische Geheim Rath und Professor des Staatsrechts an der Universität Heidelberg, Dr. Hermann Schulze, jetzt in Heidelberg wohnhaft, zur Zeit das Recht auf Sitz und Stimme im Herrenhause auszuüben nicht befugt und von Einladungen zu dessen Theilnahme an den Sitzungen des Herrenhauses einstweilen Abstand zu nehmen sei.

weil er jetzt seinen Wohnsitz in Preußen nicht habe. Im Uebrigen enthält der Bericht, welchen das Haus für erledigt erklärt, eine Zusammenstellung der Veränderungen im Personalbestande des Hauses seit der vorigen Session, welche der Präsident bisher unter den geschäftlichen Mittheilungen beim Beginne der betreffenden Sitzungen einzeln proclamirt hat und von uns f. Z. mitgetheilt worden sind.

Es folgt der Bericht der Agrarcommission über den Gesetzentwurf betr. die Bildung der Wassergenossenschaften.

Dr. Bessler verweist im Allgemeinen auf die Mängel unserer Genossenschaftsgesetzgebung und hält es für außerordentlich bedenklich, daß man die Solidarität der Wirtschaftsgenossenschaften auf die Wassergenossenschaften in diesem Gesetze ausdehne.

Graf Brühl hat keine großen Hoffnungen auf die praktische Wirksamkeit dieses Gesetzes, es werde in Schlaf sinken, wie so manches andere mit dieser Vorlage in Verbindung stehende Gesetz. Er vergleicht die freien Genossenschaften mit den Schlingen, in welchen durch lodende rothe Beeren, arme kleine Krametzvögel gefangen werden; die öffentlichen Genossenschaften seien noch viel gefährlicher. Er würde sich hüten, seinen Kopf in eine solche Schlinge zu stecken.

Minister Friedenthal: Es würden sich vielleicht für die freien Genossenschaften vortheilhaftere Constructionen finden lassen, als in dieser Vorlage vorhanden sind. Es ist aber überaus schwierig, auf die früheren Formen des Genossenschaftswesens anzuknüpfen, für welche viele Voraussetzungen weggefallen sind. Viellecht wird das bei der Bildung künftiger Realgenossenschaften möglich sein. Aber man muß von den theoretischen Erörterungen zu praktischen Erfahrungen kommen, wenn man auf diesem Gebiete weiter kommen will und das muß man thun, selbst auf die Gefahr hin, einen Irrthum zu begehen.

Bredt und v. Simpson-Georgenburg treten für die Commissionsvor schläge ein, da sie wesentliche Verbesserungen gegen den bisherigen Zustand enthalten.

Nach einer längeren Debatte über mehrere technische Einzelheiten des Gesetzes wird die Vorlage im Wesentlichen nach den Commissionsbeschlüssen angenommen.

Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Freitag, 12 Uhr. (Justizgesetze; marktliche Wasserstraßen; kleinere Vorlagen und Petitionen.)

O. C. Reichstags-Verhandlungen. 2. Sitzung vom 13. Februar.

2 Uhr. Am Tische des Bundesraths Präsident Hofmann.

An Vorlagen sind heute eingegangen: der Gesetzentwurf, betr. die Strafgewalt des Reichstags über seine Mitglieder; ferner die Uebericht der vom Bundesrath gefassten Entschlüsse auf Beschlüsse des Reichstags aus der 1. Session (1878) der 4. Legislaturperiode und aus früheren Sessionen; endlich die allgemeine Rechnung über den Haushalt des Deutschen Reichs für das Jahr 1874 nebst den dazu gehörigen Special-Rechnungen.

Unter dem Vorsitz des Abg. v. Stauffenberg findet die Wahl des ersten Präsidenten statt. Es werden 232 Stimmzettel abgegeben, darunter 14 unbeschriebene, bleiben 218 gültige, absolute Majorität 110. Davon haben erhalten Herr v. Jordanbeck 151, Herr v. Seydewitz 67 Stimmen.

Präsident v. Jordanbeck: Ich danke dem Hause für das mir durch die Wahl bewiesene Vertrauen. Ich nehme die Wahl zum ersten Präsidenten des Reichstages hiermit an und wiederhole das Versprechen, die Geschäftsordnung gerecht und unparteiisch zu handhaben. Wenn sich aber schon jetzt herausgestellt hat, daß dem Reichstage in der gegenwärtigen Session nicht leichte Aufgaben gestellt worden sind, so betone ich ganz besonders die Bitte, mich bei der Leitung der Geschäfte auf allen Seiten des Hauses kräftig und lebendig zu unterstützen. (Weiß! links.)

Bei der Wahl des ersten Vicepräsidenten werden 245 Stimmzettel abgegeben, davon 1 unbeschrieben. Der Abg. v. Stauffenberg erhält 90, v. Seydewitz 80 und v. Frankenstein 74 Stimmen, alle drei kommen zur engeren Wahl. — In dieser werden 243 Zettel abgegeben, wovon auf von Stauffenberg 90, auf v. Seydewitz 78 und auf v. Frankenstein 75 entfallen. Eine absolute Majorität ist nicht erzielt und findet deshalb eine engere Wahl zwischen v. Stauffenberg und v. Seydewitz statt. — Hierbei werden 220 Zettel abgegeben, von denen 52 unbeschrieben sind; v. Stauffenberg erhält 88, v. Seydewitz 80 Stimmen.

Abg. v. Stauffenberg: Ich danke dem Hause für die eben vollzogene Wahl und nehme dieselbe an.

Inzwischen ist es bereits 5 1/2 Uhr geworden und von einem Mitgliede des Centrums wird die Vertagung der Sitzung beantragt; dieselbe wird abgelehnt.

Abg. Windthorst bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses, welcher Ansicht sich der Präsident mit Rücksicht auf die eben abgegebenen 220 Zettel nicht anschließen zu können meint. — Die Mitglieder des Centrums verlassen darauf den Saal, so daß das Haus bei der Wahl des zweiten Vicepräsidenten nicht mehr beschlußfähig ist; es werden nur 150 Zettel abgegeben.

Schluß 6 Uhr. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. (Wahl des zweiten Vicepräsidenten und der Schriftführer; Gebührenordnung für Rechtsanwälte und deutsch-österreichischer Handelsvertrag.)

Iwan Turgenjef als Dramatiker.

Von Karl Emil Franzos.

II.

Ueber jene Motive, welche Turgenjef, kaum daß er zum Bewußtsein seines poetischen Könnens gekommen, bewegen, sich der dramatischen Production zuzuwenden, hat er sich — mindestens so weit mein Wissen von der Sache reicht — nie ausgesprochen. Viellecht hat er es deshalb unterlassen, weil er nur Selbstverständliches hätte sagen können — der Entschluß liegt ja so nahe, daß er wahrlich keiner besonderen Motivirung bedarf! Glaubt einmal ein Dichter an sich selbst, dann läßt ihn auch der Gedanke nicht frei, des höchsten theilhaft zu sein, was dem Poeten auf Erden werden kann: der unmittelbaren gangbaren Wirkung auf seine Zeitgenossen. Gegen jene Anschauung, welche die Kunstformen an sich nach Werth und Bedeutung ordnet und dem Drama den höchsten Platz anweist, mag sich Manches einwenden lassen — daß der erfolgreiche Dramatiker beneidenswerther ist, als der gefeiertste Erzähler, hat noch Niemand bestritten. Denn der Freude am Schaffen folgt ja bei jedem echten Künstler der qualvolle Zweifel an dem Werth des Geschaffenen — und nur der Dramatiker befreit sich davon mit einem Schlage, nur er empfängt sein Urtheil unmittelbar aus erster Hand. Und das stolze Bewußtsein, „Ich spreche Aug in Aug zu Tausenden, ihr Ohr und ihre Seele gehören mir, so lange ich spreche“, wer wäre ein Dichter und hätte sich nie darnach sehnt?

Aber neben diesem allgemein gültigen Motiv haben wohl noch andere specielle Verhältnisse unserem Dichter jenen Entschluß nahe gelegt. Die russische Literatur ist arm an guten Dramen, die russische Bühne arm an wirksamen Stücken — wenn gleichwohl seit 1830 eine ungleich größere Zahl von Lust- und Schauspielen in Rußland zu großer Popularität gelangt, als in der gleichen Zeit in Deutschland, so hat das hauptsächlich darin seinen Grund, weil dort viele an sich künstlerisch werthlose Werke durch ihre politisch-socialen Tendenz beliebt und berühmt wurden. Im Uebrigen genügte vor dreißig Jahren und genügt noch heute dort die Production berechtigten Ansprüchen sehr wenig, so wenig, als bei uns. Den Zeitgenossen, welche Wasser trinken müssen, einmal schäumenden Wein kredenzen zu können, wäre auch in Rußland ein großer Wurf und des Schweißes des Edlen werth. Kein Wunder, daß das Ziel den jungen Poeten lockte. Und endlich — das Letzte, zugleich das Wichtigste — sagten ihm seine Kritiker und sagte er sich selbst, daß er viel von jenen Gaben habe, welche zur dramatischen Production befähigen. Schon in den ersten Skizzen, aus dem „Tagebuch“, hatte er gründliche Kenntniß des Menschenherzens bewiesen und eine erstaunliche Kraft, wirkliche, reale, lebendige Individuen vor uns hinzustellen, nicht durch Beschreibung ihres Aeußern, nicht durch Re-

flexionen über ihren Entwicklungsgang, sondern einzig durch ihre Reden und Thaten. Schon in jenen frühesten Arbeiten hatte er ferner jenes Talent bewährt, ohne welches ein wahrhaft bedeutender und volksthümlicher Dramatiker nicht gedacht werden kann. Feinsinnige Versenkung in die Seele des eigenen Volkes, Verständniß für die Vorgänge des realen Lebens, die Gabe, das Alltägliche herauszugreifen und den scheinbar trivialen Stoff durch künstlerische Behandlung zu adeln. Und endlich besaß er genügende Erfindungskraft der Fabel und ein ganz ausgesprochenes Talent für die concise Gestaltung drausischer Situationen.

Das ist viel, aber nicht alles, die Hauptsache fehlt noch: das specifisch dramatische Talent, das Talent, eine hierzu taugliche Fabel in den leichten Fluß von Reden und Handlungen umzusetzen und diesen Fluß keinen Augenblick stocken und helleibe nicht im Sande verlaufen zu lassen. Ob er dies könne oder nicht, muß der Dichter versuchen — einen anderen Weg, darüber ins Klare zu kommen, giebt es nicht.

Turgenjef versuchte es. Er schrieb von 1847 bis 51 vier Lustspiele aus dem russischen Leben. Sie hatten Erfolg. Sie gefielen im Lesen, und als ein genialer Schauspieler, Martynoff, die Hauptrollen spielte, auch auf der Bühne. Aber es war immer auch nur das, was man einen „recht hübschen“ Erfolg nennt. Das genügte der stolzen, ehrgeizigen Seele des Dichters nicht — er wandte sich von der Bühne und ging zur Novelle über, zum Roman.

Warum er zu keinem Erfolg gekommen, darüber hat der Dichter selbst seine Meinung abgegeben, wenn auch nur in wenigen Worten: „Ich habe mich überzeugt, das nöthige seemische Talent nicht zu besitzen.“ Das ist nicht gleichbedeutend mit dramatischer Begabung überhaupt. Turgenjef spricht sich nur das Talent ab, eine Fabel bühnenwirksam zu gestalten.

Ist dem wirklich so? Ein Poet ist selten über sich selbst völlig klar und über die Grenzen seiner Begabung. Fassen wir das beste jener Lustspiele „Die Ertheilung“ in's Auge, und sehen wir zu, wie es mit seinen Vorzügen und Schwächen steht.

Wir folgen hierbei dem scensischen Aufbau. Der Schauplatz ist das Speisezimmer im Schlosse des Besitzers Balagalajeff, welcher die Würde eines „Adelsmarschalls“ (Vorsitzer der Adelsversammlung und Friedensrichter) bekleidet. Es soll heute Gerichtstag gehalten werden, darum deckt der Diener Gerassim den Frühstückstisch sehr reichlich. Der vermählte Ubelige Mirwotin tritt hinzu und benützt unter dem Vorwande „es trage ihn im Halse“ die Gelegenheit, einige Brocken zu erwischen. Wie der Diener dies herablassend, aber nicht ohne deutliche Ironie geschehen läßt und der Habenichtsch nach immer neuen Vorwänden sucht, um seinen rebellischen Magen beschwichtigen zu können — dies stellt gleich zur Einleitung ein prächtiges Genrebildchen vor uns hin, dabei von echt nationaler Färbung.

Mirwotin nascht von allen Tellern — der Frühstückstisch ist reichlich gedeckt, weil heute eine Ertheilung zwischen dem Guttsbesitzer Bespondin und dessen Schwester, der Wittve Rauroff, von dem Adelsmarschall durchgeführt werden soll. In der zweiten Scene lernen wir diesen letzteren kennen und wieder wird uns durch einige Striche eine fein individualisirte Figur und zugleich doch eine echt russische Type lebendig. Dieser gutmüthige, beschränkte, eitle Landedelmann, der seinen Secretär für sich arbeiten und denken läßt und doch gern selbst vor diesem den Schein voller Unabhängigkeit wahrnehmen möchte, der sein Ehrenamt heimlich als Bürde empfindet und es doch um alle Welt nicht lassen möchte, der nach dem wichtigsten Tratsch und Klatsch der Umgebung dürstet und sich dabei stellt, als hörte er solche Lappalien nur widerwillig an — wie unübertrefflich ist diese Figur nach dem Leben gezeichnet! Der gute Mirwotin kennt seinen Mann, er tischt die boshaftesten und saftigsten Geschichten auf, namentlich über den Rivalen Balagalajeff für die nächste Marschalls-wahl, Peter Petrowitsch Pechterjef — und nimmt sich zum Lohne die saftigsten Bissen vom Tische. Dieses Es- und Klatschduett von drausischer Komik wird durch die Anmelbung eines fremden Edelmanns, Namens Mupkin, unterbrochen. Der Marschall zieht sich eilig zurück, um den Schlafrock mit dem Amtskleid zu vertauschen. Mirwotin empfängt statt seiner den Fremdling. Auch von diesem erhalten wir nach wenigen Wechselreden ein scharf geprägtes Bild: der derbe, grobe, rohe, aber ehrliche Offizier außer Dienst. Das Zwiegespräch zwischen ihm und dem hübschen Schmarozker geht nicht ganz glatt von Statten. „Kennen Sie den hiesigen Polizei-Inspector?“ fragt Mupkin. „Ja wohl, ein alter Freund von mir“, ist die Antwort, worauf Mupkin: „Ja — und die größte Canaille der Welt! ... Ich wohne im Dorfe Trindim —“ „Ein hübsches Gütchen“, bemerkt Mirwotin zaghaft. — „Ein häßliches Ding“, wettet Mupkin, ein Sandhausen!“ In ähnlichen Geleisen bewegt sich dann auch die Unterredung zwischen dem Offizier und dem Marschall, der endlich mit seiner Toilette fertig geworden. Der gute Mann sieht ein, daß die Klage Mupkin's gegen den Polizei-Inspector (wegen ungerechter Verfolgung eines seiner Bauern) begründet ist, auch imponirt ihm die Grobheit des alten Soldaten. Aber der Inspector ist sein Freund! Darum dreht und windet er sich und ladet in seiner Verlegenheit Mupkin ein, vorläufig als Schiedsrichter der Ertheilung beizuwohnen, dann werde seine Sache an die Reihe kommen. Mupkin willigt murrend ein, ein anderer Edelmann, Supcoff, der sich gleichfalls eingefunden, wird zum zweiten Schiedsrichter gebeten. Da aber die streitenden Parteien nicht erschienen, so trägt der Marschall wenigstens den Anwesenden die Sache vor. „Wir haben hier“, erzählt er, „einen Guttsbesitzer Bespondin; er scheint ein guter Mensch zu sein, ist aber etwas wunderlich; das heißt nicht eigentlich wunderlich, ich

Berlin, 13. Febr. [Besetzung der Ober-Präsidentenstelle von Brandenburg. — Ferienordnung für Volksschulen. — Spiritus-Enquête-Commission. — Uebersicht der jetzigen Tabaksteuer-Einnahme. — Deutscher Beamten-Verein.] Officiell wird geschrieben: Neuerdings gehen wieder Gerüchte durch die Zeitungen über die Besetzung der Oberpräsidentenstelle der Provinz Brandenburg; auch diese neuen Gerüchte sind, wie uns versichert wird, in ihrer Annahme vollständig irrig, namentlich auch in den an die Wiederbesetzung der dadurch vacant werdenden Posten geknüpften Vermuthungen. — Die Zeitungen melden, daß der Cultusminister, um die große Ungleichheit der auf die Volksschule bezüglichen Ferienbestimmungen zu beseitigen, eine Ferienordnung für die Volksschulen erlassen hat. Zur Ergänzung mag die Mittheilung dienen, daß die gesammte Ferienzeit auf 63 Tage bemessen werden soll. — Die Enquête-Commission zur Verathung der Frage, in wie weit Spiritus zu gewerblichen Zwecken steuerfrei abzulassen sei, hat sich auf 14 Tage vertagt. Es werden in dieser Zwischenzeit die Mitglieder-Chemiker sich schlüssig machen, welche Art von Denaturierung vorzuschreiben sei. Sobald die Einigung hierüber erreicht, wird die Commission ihre Verathungen wieder aufnehmen. Andere Angaben, welche sich über die Wirksamkeit der Commission finden, sind als falsch zu bezeichnen. — Das Statistische Amt hat eine vorläufige Uebersicht des Betrages der jetzt erhobenen Tabaksteuer für das Rechnungsjahr 1878/79 aufgestellt. Danach stellt sich die Soll-Einnahme auf 338,253 M. für Preußen, auf 288,130 M. für Baiern, auf 29 M. für Sachsen, auf 5584 M. für Württemberg, auf 364,584 M. für Baden, auf 43,474 M. für Hessen, auf 9454 M. für Mecklenburg, auf 10,762 M. für Thüringen, auf 1637 M. für Braunschweig, auf 7035 M. für Anhalt, auf 154,082 M. für Elsaß-Lothringen, in Summa auf 1,223,024 M. Im Vorjahr stellte sich diese Einnahme auf 1,229,402 M.; es ergibt sich mithin eine Abnahme von 6378 M. — Der deutsche Beamtenverein, welcher seine erfolgreiche Thätigkeit am 7. December 1871 begonnen, hat durch Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 15. Januar die Rechte einer juristischen Person erhalten. Der Verein hat sich die Aufgabe gestellt, die wirtschaftlichen Interessen des Beamtenstandes namentlich zu fördern, zählt gegenwärtig über 500 Mitglieder und besitzt in den Einlagen derselben eine Summe von 15,000 M. Die Darlehnskasse erreicht einen Umsatz von 70,000 M., auch die seit einiger Zeit errichtete Sparcasse erfreut sich zahlreicher Theilnahme. Es liegt nunmehr in der Absicht, an die Gründung von Pensions-, Wittwen- und Waisen-Kassen für die Mitglieder des Vereins heranzutreten.

Berlin, 13. Febr. [Zur Durchführung des Flotten-Gründungsplanes. — Bericht der Eisen-Enquête-Commission.] Dem Bundesrath ist eine Uebersicht der seit 1873 im Extraordinarium der Marine-Verwaltung verwendeten und der zur Durchführung des Flotten-Gründungsplanes noch erforderlichen Summen, unter Vergleichung der Gesamtkosten mit dem Anschlage nach dem Flotten-Gründungsplan von 1873 zugegangen. Danach beträgt die Summe der Verwendungen von 1873 bis inclusive 1877 bis 1878 = 119,258,024,29 M.; für die nächsten Rechnungsjahre bis 1882/83 sind noch erforderlich 116,193,624,69 M., zusammen 235,451,648,98 Mark. Gegen den Flotten-Gründungsplan mehr erforderlich sind 17,014,148,98 M., welche Summe sich indessen durch Abzug von Beträgen für außerhalb des Flotten-Gründungsplanes liegende Zwecke, wie Herstellung einer zweiten Hafeneinfahrt bei Wilhelmshaven, deutsche Seewarte, Gewehrbeschaffung, Vertiefung des Ufergrundes, Hebung der Panzerregate „Großer Kurfürst“, im Betrage von 11,647,811,16 M. sich reducirt auf 5,366,337,82 M. — Der von uns bereits in der letzten Correspondenz besprochene Bericht der Eisen-Enquête-Commission schließt: Die Vertreter der Eisen-Industrie beurtheilen die Einwirkung, welche die Wiedereinführung des Zolles auf die Gestaltung der Eisenpreise haben würde, sehr verschieden. Für einzelne Artikel glauben sie eine Preiserrhöhung um den vollen Betrag des Zolles voraussetzen zu müssen, für andere erwarten sie eine nur geringe oder gar keine Preiserrhöhung, sondern lediglich eine Beschränkung der Einfuhr. Die Frage, ob der Wegfall aller Zölle der Nachbarstaaten auch einen Zoll für Deutschland entbehrlieh machen würde, wurde von dem Standpunkte der zunächst durch die englische

Concurrenz leidenden Werke aus meißnerseits, von dem Standpunkte der im Osten und Süden Deutschlands gelegenen Werke größtentheils bejaht. — Es folgt dann nach den stattgehabten Erörterungen eine Beleuchtung der wirtschaftlichen Lage der deutschen Eisen-Industrie, der Wirkung der ausländischen Concurrenz auf dem deutschen Markte, der deutschen Eisen-Industrie auf dem ausländischen Markte und des Einflusses ausländischer Zollsätze, der Maßregeln zur Hebung der deutschen Industrie unter nochmaliger Betonung der Nothwendigkeit der Wiedereinführung der Eisenzölle und endlich der Statistik.

Berlin, 13. Febr. [Das Reichs-Schatzamt. — Zur Position des Abgeordneten Delbrück. — Centralverband deutscher Industrieller. — Schlechtes Petroleum.] Bekanntlich ist für die mit 20,000 M. (außer dem Wohnungsgeldzuschuß) dotirte Stelle eines Vorstehers des Reichs-Schatzamtes, welcher den Titel „Unterstaatssecretair“ führen soll, noch immer keine geeignete und was mehr heißen will: geeignete Persönlichkeit gefunden. Unzählige Namen sind seit Jahresfrist genannt worden, aber alle Combinationen haben sich als irrig erwiesen, und zwar wohl größtentheils deshalb, weil die angeblichen Candidaten es vorzogen, in ihren bisherigen gesicherten, wenn auch bescheideneren Stellungen zu verharren, als den verantwortungsvollen und exponirten Posten des Schatzsecretairs zu übernehmen. Unter allen Umständen soll aber jetzt die Stelle besetzt und die Trennung des Reichs-Schatzamtes von dem Reichskanzleramt consequent durchgeführt werden. Beweis dafür ist der Umstand, daß dem Reichstage diesmal ein besonderer Etat für das erstere Amt vorgelegt ist, den eine erläuternde Denkschrift begleitet. Was die Zuständigkeit des Reichs-Schatzamtes betrifft, so wird demselben das Etats-, Kassen- und Rechnungswesen, die Bearbeitung der Zoll- und Steuerfachen, soweit es dabei auf die finanzielle Seite ankommt, der Münz-, Reichspapiergeld- und Reichsschulden-Angelegenheiten, so wie die Verwaltung des Reichsvermögens unterstellt werden. Die Clausel in Betreff der Zollsachen: „so weit es dabei auf die finanzielle Seite ankommt“, ist in Abgeordnetentreisen sehr bemerkt worden. Man wird unwillkürlich immer wieder daran erinnert, daß Dr. Otto Michaelis, welcher Director des Reichs-Schatzamtes ist, eigentlich die beste Anwartschaft auf das Unterstaatssecretariat hat. Dem Reichskanzleramt werden verbleiben alle Angelegenheiten der inneren Reichsverwaltung, welche bisher von demselben verwaltet und dem Reichs-Schatz-Amt nicht überwiesen sind. Insbesondere gehören dahin die auf den Bundesrath, den Reichstag und die Reichstagswahlen bezüglichen Geschäfte, die allgemeinen Angelegenheiten der Reichs-Behörden und der Reichsbeamten, einschließend der Aufsicht über den Disciplinarhof und die Disciplinarkammern, die Indigenats-, Heimaths-, Niederlassungs-, Freizügigkeits- und Auswanderungsfachen, die Handels- und Gewerbe-Angelegenheiten, insbesondere auch die das Bauwesen, die Versicherungen, die Maße und Gewichte betreffenden Geschäfte, die Angelegenheiten des geistigen Eigenthums, einschließend der Patente, die See- und Flußschiffahrt und Flößerei, die Medicinal- und Veterinär-Polizei, die Angelegenheiten der Presse und der Vereine, die Militair- und Marine-Angelegenheiten, soweit dieselben die Mitwirkung der Civilverwaltung erfordern (insbesondere Ersatzwesen, Mobilmachung, Naturalleistungen, Transport- und Trappen-Angelegenheiten, Rayonfachen, Familienunterstützung, Civilversorgung, Landesvermessung), Anerkennung und Classification der höheren Lehranstalten mit Bezug auf die Wirksamkeit ihrer Zeugnisse für die Zulassung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst, die Reichsstatistik. Das Reichskanzleramt würde mithin in Zukunft bezüglich der Reichsangelegenheiten ungefähr diejenige Zuständigkeit besitzen, welche in Preußen das Ministerium des Innern besaß, ehe für Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft besondere Ministerien gebildet wurden. Bekanntlich soll der gegenwärtige Präsident des Reichskanzleramtes, sobald der preussische Staatshaushaltsetat für 1879/80 besetzt wird, auch das verkleinerte preussische Ministerium für Handel und Gewerbe übernehmen. — Wie uns mitgeteilt wird, ist jener auffallende Passus nachträglich in die Thronrede eingeschaltet worden, in welchem gesagt wird, „es könne nicht erkannt werden, daß thatsächliche Erfolge der Wendung unserer Zollpolitik zur Seite gefunden haben.“ Nicht umsonst wurde Herrn Delbrück in officiösen Blättern ein verständlicher Wink

ertheilt, die Verfasserschaft der Broschüre über „Deutschlands Getreideverkehr mit dem Auslande“ abzulegen. Erst, als dies unterblieb, wurde die mißliebige Aufnahme, welche die einschneidende Schrift des ehemaligen Reichskanzleramtes-Präsidenten in höheren Regionen gefunden, zu einem Debatte in der Thronrede benutzt, dessen Schärfe hier wie anderswo nicht wenig überrascht hat. Dem Vernehmen nach wird Herr Delbrück jetzt über seine Autorität der gedachten Broschüre keinen Zweifel mehr übrig lassen und die bevorstehende zweite Auflage soll unter seinem Namen erscheinen. Uebrigens wird uns angedeutet, daß Fürst Bismarck kein Hehl aus seiner Mißstimmung über die Wirksamkeit des Herrn Delbrück als Reichstagsabgeordneter macht. Er sprach sich gegen conservative Abgeordnete tadelnd über das Verhalten Delbrücks aus, als dieser bei der Debatte über das Socialistengesetz die in Bann gehaltenen Schule-Deutscher Genossenschaften mit sachlichen und scharfen Gründen vertheidigt hatte. — Am 17. Februar findet hier selbst eine Ausschuß- und Delegirten-Sitzung des Centralverbandes deutscher Industrieller statt, in welcher auch über Getreidezölle berathen werden soll. — Eine Versammlung von Petroleum-Interessenten wird am 25. in Bremen sich im Besitze eines amerikanischen Sachverständigen mit der Frage nach den Ursachen der allgemeinen Verschlechterung des Petroleums beschäftigen. Auch den Aeltesten der hiesigen Kaufmannschaft ist eine Einladung zugegangen.

Hannover, 12. Febr. [Zum Krawall in Harburg.] theilt der „Courier aus der Unterelbe“ mit, daß Herr A. Bremann, Ausschuß-Mitglied des sogenannten deutsch-hannoverschen Wahlvereins, welcher unter dem Verdacht der Mitbetheiligung an dem Wahlkrawall vom 17. August etwa 8 Wochen lang verhaftet gewesen, mit noch sieben Genossen durch Beschluß der Rathskammer des Obergerichtshofes Lüneburg außer Verfolgung gesetzt ist.

Österreich.

Wien, 13. Febr. [Ein Ministerium Stremayr. — Die deutsche Thronrede und die Pestgefahr.] Also ganz wie in Ungarn vor fünf Monaten, löst sich auch bei uns die Krisis sanft und wohlgefallig durch die abermalige Reconstruction des demissionären Ministeriums! nur Fürst Auersperg und Reichsminister Unger treten zurück; Ritter von Stremayr als rangältester unter seinen Collegen übernimmt das Präsidium. Daß man das Omen nicht scheut, ist mir unbegreiflich, obgleich ich sonst gerade nicht abergläubisch bin. Auch als das Bürgerministerium in Erömmung ging, war das Brau zu neuer Fahrt ausfahret und aus Steuer stellte sich der Cultus- und Unterrichtsminister Ritter von Hasner, die ganze Expedition dauerte aber nur vom 3. Februar bis 4. April, genau sechzig Tage! Noch unbegreiflicher, wenn es sich befähigen sollte, daß Graf Taaffe nun doch sich habe überreden lassen, in diesem Cabinet das Portefeuille des Innern anzunehmen! Seine Mission scheiterte jedoch wesentlich daran, daß er kein provisorisches Geschäftministerium, sondern nur ein parlamentarisches Cabinet mit Chancen längerer Dauer bilden wollte! und nun tritt er in eine Combination, welcher der Stempel des Ephemeren in weithin leuchtenden Lettern aufgedrückt ist? Aber vielleicht glaubt das Cabinet Stremayr eben durch den Eintritt des Grafen Taaffe vor dem Schicksale des Ministeriums Hasner bewahrt zu bleiben, weil es, was diesem abging, durch eines seiner Mitglieder mit dem Hofe und dem hohen Adel jene Fühlung bewahrt, ohne die nun einmal jedes Cabinet in Wien nur auf ein Eintagsdasein rechnen kann! Logisch richtig ist es jedenfalls, daß — da jedes Cabinet in der Occupationsfrage streng gebundene Marschroute hat — diejenige Regierung, die den Ausgleich glücklich durchgeführt hat, das Staatsschiff auch noch durch die orientalische Schwierigkeit lootsen muß, bis der Abschluß der Neuwahlen einen klaren Ueberblick über die ganze Situation gestattet. Oder warum sollen sich noch frische Kräfte an der Lösung des unlöslichen Räthsel zerreiben, Feuer und Wasser zu vermengen, d. h. die gegenwärtige Majorität des Reichsrathes und die Occupationspläne des Grafen Arzassy, Beides zwei unvereinbar gegebene Größen, in harmonischen Einklang zu bringen? — An der gestrigen Thronrede des Deutschen Kaisers war hier für uns das Erreulichste die darin ausgesprochene Uebergewand, es werde den russischen Behörden gelingen, der Pestherde an der Wolga mächtig zu

*) Auch diese Combination ist, den neuesten Nachrichten zufolge, gescheitert. — Anm. v. Red.

weiß selbst nicht recht was. Dieser Bespöndin hat eine Schwester, eine Wittwe, Frau von Kuroff, eine im höchsten Grade halstarrige und unverständige Frau — übrigens Sie werden ja sehen. — „Das liegt in der Familie“, fällt Mirwotin ein, „ihre Mutter, die seltsame Pelagia Arsenjewna, war noch viel schlimmer. Als sie jung war, soll ihr ein Ziegelstein auf den Kopf gefallen sein; vielleicht ist es davon gekommen. — „Vielleicht“, sagt Balagalajeff. „Also zwischen diesem Bespöndin und seiner Schwester, der verwitweten Frau von Kuroff, dauert der Streit um eine Erbtheilung nun schon bis ins dritte Jahr. Eine Tante der Beiden hat ihnen in ihrem Testamente ein Gut vermacht — ein gekauftes Gut, beachten Sie wohl. Nun können sie sich nicht über die Theilung verständigen, sie mögen es anfangen, wie sie wollen. Die Schwester besonders will sich auf nichts einlassen. Die Geschichte ging an die Gerichte; bis in die höheren Instanzen hat man die Klage geführt, und so habe ich mich denn endlich entschlossen, das Uebel mit fester Hand an der Wurzel zu fassen und aus dem Wege zu schaffen, indem ich die Beiden miteinander verständige. Ich habe ihnen heute hier bei mir Rendezvous gegeben, aber das geschieht zum letzten Male. Von jetzt an würde ich andere Maßregeln ergreifen. Aus welchem Grunde sollen wir uns quälen?“ Nun erscheint Frau von Kuroff, eine drolligere Figur als dieses halstarrige, habgierige und heuchlerische Weib hat selbst Turgenjoff nie gezeichnet. Sie erklärt sich mit Allem einverstanden, schon aus Liebe zum Bruder. Da aber dieser noch nicht anwesend ist, so benützt sie die Zeit dazu, um ihn eines Mordversuchs anzuklagen. Er habe ihren Kutscher Karp bestochen, sie in den Graben zu schleudern. Der Kutscher wird citirt, aber der Löpel hat leider vergessen, was ihm seine Herrin eingeschläut, und der Beweis mißlingt kläglich. Nun endlich erscheint Bespöndin und die Verhandlung beginnt. Diese Scene ist nicht bloß die beste dieses Stückes, sondern auch das Beste, was der Dichter auf dramatischem Gebiete geschaffen, und ich kann es mir nicht versagen, dieselbe wenigstens im Auszug hier mitzutheilen: Balagalajeff: „Meine Herrschaften, die Sache ist die. Herr Bespöndin und seine Schwester mögen nicht in einem Hause wohnen; mithin müßte der Gutshof getheilt werden, und das ist eine Unmöglichkeit.“

Bespöndin (nach kurzer Pause): Nun . . . so will ich auf das Haus der Tante verzichten . . . und Gott sei mit Ihnen! Balagalajeff: Sie verzichten? Bespöndin: Ja, aber ich hoffe auf Entschädigung. Balagalajeff: Verstehst dich! Die Forderung ist gerecht. Frau v. Kuroff: Nikolai Iwanowitsch, das ist eine List! Das ist eine Falle, Nikolai Iwanowitsch! Dadurch hofft er das beste Land zu bekommen, Hansfäcker und Anderes. Wozu braucht er ein

Haus! Er hat ja sein eigenes und außerdem ist das Haus der Tante sehr schlecht . . .

Bespöndin: Wenn es so schlecht ist . . . Frau v. Kuroff: Aber die Hansfäcker gebe ich nicht her, bewahre! . . . Ich bin Wittve . . . ich habe Kinder . . . was soll ich wohl ohne die Hansfäcker anfangen . . . Das bedenkete.

Bespöndin: Wenn es so schlecht ist . . . Frau v. Kuroff: Wie Du willst! Alupkin: So lassen Sie ihn doch ausreden!

Bespöndin: Wenn es so schlecht ist, so überlasse mir das Haus . . . man wird Dich dafür entschädigen.

Frau v. Kuroff: Ja wohl! Deine Entschädigungen kenne ich schon. Eine schlechte Dessätine, Stein auf Stein oder Moorgrund, wo nur Haide wächst, die nicht einmal von den Kühen der Leibeigenen gestressen wird.

Bespöndin: Solchen Moorgrund giebt es auf dem ganzen Gute nicht.

Frau v. Kuroff: Nun, wenn nicht Moorgrund, so doch etwas Anderes in der Art. Nein! Entschädigung . . . danke gehorsamst . . . ich weiß, was für Entschädigungen das sind!

Balagalajeff: Meine Herrschaften! Ich werde einen Vorschlag machen: wir wollen das Gut in zwei Theile theilen. In dem einen wird sich das Haus mit dem Viehhofe befinden, zu dem zweiten werden wir etwas mehr Land geben, und dann mögen Sie wählen.

Bespöndin: Ich gebe meine Einwilligung! Frau v. Kuroff: Aber ich gebe sie nicht!

Balagalajeff: Aber warum wollen Sie sie denn nicht geben? Frau v. Kuroff: Wer soll denn zuerst wählen? Balagalajeff: Darüber wollen wir loosen.

Frau v. Kuroff: Gott behüte und bewahre! Was fällt Ihnen ein? Sind wir Antichristen geworden?

Bespöndin: Nun, so magst Du wählen. Frau v. Kuroff: Ich willige aber doch nicht ein!

Alupkin: Aber warum denn nicht? Frau v. Kuroff: Warum soll ich denn wählen? Wenn ich nun fehlgreife?

Balagalajeff: Erlauben Sie! inwiefern sollen Sie fehlgreifen? Die Theile werden ja gleich sein, und sollte Ihnen der eine etwas besser scheinen als der andere, so überläßt Ihnen ja Fürapont Nitsch das Vorrecht der Wahl.

Frau v. Kuroff: Und wer wird mir sagen, welcher Theil der beste ist? — Nein, Nikolai Iwanowitsch, das ist Ihre Sache! Sie, mein Väterchen, werden die Güte haben, zu bestimmen. Was

Sie für mich auswählen, das werde ich hinnehmen und damit zufrieden sein.

Balagalajeff: Gut denn! Also das Haus nebst Zubehör und Viehhof schreiben wir der Frau v. Kuroff zu.

Bespöndin: Und den Garten auch? Frau v. Kuroff: Verstehst dich, auch den Garten. Wie kann denn ein Haus ohne solchen sein? Uebrigens ist dieser Garten nur ein Schmutzwinkel. Im Ganzen fünf oder sechs Kesselpflaumen und die Aepfel sind sauer, essigsauer; auch der ganze Viehhof ist nicht einen Groschen werth.

Bespöndin: Mein Gott, so überlasse ihn mir! Frau von Kuroff: Erlauben Sie mir die Frage: wem der Teich gehören soll?

Balagalajeff: Beiden versteht sich! Das heißt, das rechte Ufer dem Einen, das linke dem Andern. Hören Sie nun meinen Vorschlag: Derjenige, der den Gutshof nicht bekommt, nimmt alles unbebaute Land für sich, so daß er im Ganzen vierundzwanzig Dessätinen mehr besitzt. Hier ist das unbebaute Land des ersten und zweiten Theils. Der Besitzer des ersten Theils verpflichtet sich, auf seine Kosten dem zweiten Theil zwei Bauernhöfe zu übermitteln und die überbedelten Leibeigenen haben das Recht, die Hansfäcker zwei Jahre lang mitzubewägen.

Frau von Kuroff: Ich werde wieder die Leibeigenen abtreten, noch die Hansfäcker.

Balagalajeff: Hören Sie doch auf. Frau von Kuroff: Unter keiner Bedingung, Nicolai Iwanowitsch, unter keiner Bedingung!

Alupkin: Bitte, gnädige Frau, unterbrechen Sie doch nicht immer.

Frau von Kuroff (sich betrauernd): Was ist denn das? Was ist denn das? Bin ich im Traura? Ich weiß wirklich nicht mehr, was ich sagen soll! Die Hansfäcker auf zwei Jahre — den Teich gemeinschaftlich — da will ich doch lieber auf das Haus Verzicht leisten.

Balagalajeff: Erlauben Sie mir, Ihnen zu bemerken, daß Fürapont Nitsch . . .

Frau von Kuroff: Mein Väterchen, bemühen Sie sich nicht weiter — ich muß Sie wohl in irgend einer Weise gegen mich aufgebracht haben . . .

Balagalajeff (zugleich mit ihr): Hören Sie mich, Anna Nitschna: Sie sprechen von Höfen, von Hansfäckern, während Ihr Bruder die vierundzwanzig Dessätinen . . .

Frau von Kuroff (gleichzeitig): Sagen Sie nichts mehr, sagen Sie nichts mehr, Nikolai Iwanowitsch! Bin ich eine Narvin, daß ich mir nichts, dir nichts meine Hansfäcker weggeben soll? Bedenken Sie

werden. Bel uns fürchtete man, ehlich gestanden, die Tendenz der Petersburger Staatsmänner, die Pest als politischen Factor, ohne jede Rücksicht auf Humanität und Menschenwürde, auszunutzen! Wie Russland in den Sicherheits-Vorkehrungen Deutschlands und Oesterreichs nichts anderes erblicken wollte, als ein illoyales Mittel, seinen Truppen den Aufenthalt in Rumelien und Bulgarien zu erleichtern; so triumphirte ja die Moskauer und Petersburger Blätter fürmlich über den Ausbruch der Pest in Kanala am Aegäischen Meere als über einen Vorwand, die Trennung Ostrumeliens von Bulgarien zu hintertreiben, weil jetzt Niemand daran denken könnte, der Türkei und in ihrem Gefolge der Pest die Balkan-Übergänge auszuliefern!

Frankreich.

Paris, 11. Februar. [Veräußerliche Rathschläge der „Republique française.“ — Die Amnestievorlage der Regierung. — Der Proceß gegen die „Révolution française.“ — Das Luxemburg. — Zum Steuerwesen.] Die „Republique française“ führt heute in einem feierlichen Leitartikel den Republikanern im Lande, in den Kammern und in der Presse zu Gemüthe, daß sie künftig eine andere Tactik zu befolgen hätten als bisher, wenn sie wollen, daß eine gute Regierung möglich werde. Die Wähler hatten, so lange es galt, die Republik zu gründen, bei der Wahl der Deputirten, Generalräthe und Gemeinderäthe nur darauf zu sehen, daß ihre Candidaten Republikaner waren, ohne sich um ihre speciellere Schattirung und besonderen Fähigkeiten viel zu bekümmern. Man wird jetzt gerade auf die letzteren das Augenmerk zu richten haben. Die Deputirten und Senatoren haben sich, wie das bei den früheren unsicheren Zuständen vielleicht nicht anders möglich war, viel zu sehr in die kleineren Angelegenheiten der verschiedenen Ministerien, in die Personenfragen u. s. w. eingemischt. Sie müssen künftig die republikanischen Minister schalten und lassen und sich bloß auf die Controle beschränken, ohne einen vorherigen Druck in Betreff dieser oder jener ministeriellen Entscheidung auszuüben. Sonst würde die ministerielle Verantwortlichkeit keine effective sein und die Minister könnten sich damit entschuldigen, daß sie zu schlechten Maßregeln von einer Gruppe von Deputirten und Senatoren gezwungen werden. Was endlich die Presse angeht, so hätte auch diese etwas besseres zu thun, als unaufhörlich der Regierung zu Leibe zu gehen oder sich mit unnützem politischen Coullissengeschwätz die Zeit zu vertreiben. Jedermann verlangt von dem Ministerium, daß es wirklich regiere. Damit aber das Cabinet regieren, d. h. eine nützliche Initiative ergreifen könne, muß es über die Wünsche und Forderungen der öffentlichen Meinung aufgeklärt werden, und das kann nur durch die Presse geschehen. Kein Journal ist einzeln genommen unfehlbar. Aber in ihrer Gesamtheit giebt die Presse so annähernd als möglich den Ton der allgemeinen Stimmung an. Unter einer Regierung, wie die jetzige, einer Regierung der öffentlichen Meinung par excellence, kann also die Rolle der Presse nur an Bedeutung gewinnen, wenn die ernsthaften Journale ihre Pflichten begreifen. Die „Republique“ schließt ihre vernünftigen Rathschläge mit den Worten, womit Gambetta unlängst eine seiner Reden schloß: „Laboremus. Arbeiten wir für Frankreich, für die Zukunft, für die Republik!“ — Der „Moniteur“ ist in der Lage, im voraus den Inhalt des heute niederzulegenden Amnestiegesetzes anzugeben: Dasselbe umfaßt 5 Artikel. Der 1. giebt der Regierung das Recht, die in contumaciam Verurtheilten zu begnadigen, der 2. besagt, daß alle bis auf den heutigen Tag begnadigten Individuen aller Vortheile der Amnestie theilhaftig werden, also daß sie von der Polizeiaufsicht befreit werden und wieder in den Besitz ihrer bürgerlichen Rechte treten. Der 3. Artikel dehnt diese Bestimmung auf die künftig zu begnadigenden Individuen aus. Der 4. Artikel, der sich offenbar auch auf die Minister des 16. Mai anwenden läßt, verfügt eine Amnestie für alle politischen Verbrechen und Vergehen jeder Natur, die seit 1870 begangen und bisher noch nicht Gegenstand einer Verfolgung gewesen sind. Durch Annahme dieses Artikels würde also die Eventualität eines Proceßes gegen die Regierung von selbst wegfallen. Der 5. und letzte Artikel schließt alle diejenigen von der Amnestie aus, die ihrer vor 1870 begangenen Verbrechen und Vergehen wegen verurtheilt worden sind. Der „Moniteur“ glaubt auch zu wissen, aber hierin spricht er nur eine Vermuthung aus, daß der Senat entschlossen sei, den Amnestievorschlag zurückzu-

weisen, denn unter den Begnadigten der Commune befinden sich auch viele rückfällige Sträflinge, und Angesichts der zahlreichen Verbrechen, deren Schauplatz Paris seit einiger Zeit ist, fühlte man sich wenig geneigt, diese Leute von der Polizeiaufsicht zu befreien. Nun ist es allerdings wahr, daß in Paris seit einiger Zeit die Attentate gegen Person und Eigenthum sich in erschreckender Weise vermehren. Eine Bande oder mehrere Banden von Todtschlägern, die bisher nur in der Umgebung von Paris operirt hatten, sind durch ihre Straflosigkeit soweit ermutigt worden, daß sie jetzt ihr Unwesen selbst in der inneren Stadt und in belebten Straßen treiben. Aber es ist doch schwer zulässig, die begnadigten Communards, die sich noch in Roumea befinden, schon jetzt gewissermaßen für diese Verbrechen mit verantwortlich zu machen. Ob dieselben zurückkehren oder nicht, jedenfalls wird eine Verbesserung der Polizeiaufsicht in Paris binnen Kurzem eingeführt werden müssen. — Die Regierung hat sich entschlossen, gegen die „Révolution française“, das Organ der Herren Jules Vallés, Jourde und der Londoner Communardensippe einzuschreiten. Sie hätte das schneller thun können, denn indem die „Révolution française“ den Artikel Jules Vallés veröffentlichte, beging sie nicht ein einfaches Verbrechen, sondern sie verließ gegen ein noch in Kraft stehendes Gesetz, wonach es verboten ist, die Schriften der zu entehrenden Strafen Verurtheilten zu veröffentlichen. Der Proceß der „Révolution“ wird am Freitag zur Verhandlung kommen. — Der Senatspräsident Mariel läßt das Gerücht dementiren, daß er bei seinem Besuche im Luxemburg-Palaste eine Wohnung für sich gesucht habe, oder daß es ihm darum zu thun gewesen sei, zu prüfen, ob der Senat in Luxemburg seine öffentlichen Sitzungen halten könne. Er habe vielmehr bloß ein passendes Local für die Senats-Commissionen gesucht. Daß diese ihre Sitzungen in Paris halten können, ist bekanntlich von der oberen Kammer bereits zugestanden worden. — Die Steuereinnahmen des Monats Januar waren nicht sehr glänzende. Die Zollabgaben und die indirecten Steuern sind um 2,466,500 Fr. hinter dem Vorschlage des Budgets zurückgeblieben. Die Stempel- und Einschreibegebühren gaben andererseits einen Ueberschuß von 2,179,000 Fr.; im Ganzen bleibt also immer noch ein Ausfall von 287,000 Fr. für den Monat Januar.

Paris, 12. Febr. [Das Amnestieproject der Regierung. — Der Laisant'sche Vorschlag. — Veränderungen in der höheren Magistratur und in den Armeecommanden. — Todesfall.] Der Minister des Innern hat heute das Amnestieproject vorgelegt. Die Wichtigkeit desselben erheischt die Anführung des Wortlauts: Art. 1. Die Amnestie wird gewährt allen Denjenigen, welche auf Grund von Thatsachen, die sich auf die Insurrection von 1871 beziehen, verurtheilt worden und welche in Freiheit gesetzt oder durch den Präsidenten der Republik begnadigt worden sind, oder binnen drei Monaten nach Verkündung des gegenwärtigen Gesetzes begnadigt sein werden. Art. 2. Die Strafen, welche in contumaciam wegen der nämlichen Thatsachen verhängt worden sind, können auf dem Wege der Gnade nachgelassen werden. Art. 3. Mit der Verkündung des gegenwärtigen Gesetzes tritt die im Artikel 637 des Strafgesetzbuches vorgesehene Verjährung für diejenigen Individuen ein, gegen welche auf Grund derselben Thatsachen eine Verfolgung eingeleitet und noch nicht beendet worden ist. Art. 4. Von der Zustellung der Gnadenbriefe an, welche thatsächlich die Amnestie nach sich ziehen, genießt der nach Frankreich zurückgekehrte Verurtheilte nicht mehr die Vortheile des Artikels 476 des Criminal-Instructions-Coder. Art. 5. Das gegenwärtige Gesetz ist nicht anwendbar auf diejenigen, welche contradictorisch oder in contumaciam wegen Verbrechen gegen das gemeine Recht verurtheilt worden sind, oder auch wegen Vergehens derselben Art, welches eine Verurtheilung von mehr als einjährigem Gefängniß herbeigeführt hat und vor dem Aufstand von 1871 begangen worden ist.“ Unterzeichnet ist das Project von J. Grévy und gegengezeichnet von dem Justizminister Le Royer und von dem Minister des Innern de Marcère. Wie man sieht, war der „Moniteur“ im Irrthum, als er behauptete, daß ein Artikel des Gesetzes auf diejenigen anwendbar sei, welche sich an der Unternehmung vom 16. Mai betheiligt haben. Nach Anhörung des Amnestieprojectes schritt die Kammer zur Wahl eines Vicepräsidenten zum Ersatz für den ins Cabinet eingetretenen Jules Ferry. Der Candidat der Linken war

Albert Grévy; das Resultat der Wahl ist uns noch nicht bekannt, aber man hegte keinen Zweifel an seiner Ernennung. Vor der Sitzung war eine Commission für den Laisant'schen Antrag ernannt worden. Derselbe geht befanntlich dahin, daß die effective Dienstzeit im Heere von fünf auf drei Jahre herabzusetzen sei. Laisant's Vorschlag hat viele Anhänger, und in der neuen Commission zählt er nur zwei Gegner, womit nicht gefagt ist, daß er wirklich zur Annahme gelangen wird. Der Kriegsminister Gresley hat die Absicht, ihn auf's Entschiedenste zu bekämpfen. Sein Hauptargument wird sein, daß die im guten Zuge begriffene Reorganisation der Armee durch die beantragte Aenderung völlig zerstört werden würde. — Heute erstattet das Amtsblatt Bericht von den Veränderungen, welche der neue Unterrichtsminister Jules Ferry in seinem Departement vorgenommen hat. Sie sind nicht ohne Bedeutung und die Liste der neuen Beamten ist darnach angethan, die Republikaner zufrieden zu stellen. Aber mit größerer Spannung erwartet man die morgen im officiellen Organ zu veröffentlichenden Veränderungen in der höheren Magistratur und in den Armeecommanden; die betreffenden Decrete wurden im heutigen Ministerrath unterzeichnet. Schon verlautet, daß nicht weniger als 17 Generalprocuratoren ernannt werden, unter denen der Senator Dauphin (für den Appellhof von Paris) und der Senator Vertault (für den Cassationshof). Zwölf Generale, heißt es, werden aus ihren Commandos entfernt, der General Farre, den die Linke als Kriegsminister wünschte, geht nach Lyon, der General Clinchant nach Chalons, der General Gallifet nach Tours. Alle drei sind befanntlich Republikaner. Der Herzog von Amale erhält nicht, wie man sagte, ein anderes Armeecorps, sondern er wird General-Inspector. Man hat definitiv beschlossen, den General Chanzy nach Petersburg zu schicken, aber die Ernennung soll nicht eber veröffentlicht werden, bis ein Nachfolger für Algerien gefunden. Endlich steht für morgen oder übermorgen ein abermaliger Präfectenschub in Aussicht. Wenn die Mehrheit mit allem dem nicht zufriedengestellt ist, darf man sie der Unbescheidenheit zeihen. — Der berühmte Caricaturist Daumier ist gestern im Alter von 69 Jahren gestorben. Er war seit mehreren Jahren erblindet und seine Freunde hatten ihm eine Staatspension erwirkt. Seine Caricaturen im „Charivari“ gehören zu dem Bedeutendsten, was auf diesem Gebiete in Frankreich geleistet worden.

Großbritannien.

A. C. London, 12. Februar. [Der Krieg in Südafrika.] Ueber die furchtbare Niederlage, welche ein Theil der gegen die Zulus im Felde stehenden britischen Truppen erlitten, hat der Kriegsminister folgende Depesche von Lord Helmsford, dem Oberbefehlshaber des britischen Expeditionscorps, erhalten:

„St. Vincent, 10. Februar, 6 Uhr 40 Min. Abends.
„Ich bedauere, ein sehr unglückliches Treffen melden zu müssen, welches am 22. Januar zwischen den Zulus und einem Theil der Colonne Nr. 3, der zur Bewachung des etwa 10 Meilen vor Portes Drift situirten Lagers zurückgelassen worden, stattfand. Die Zulus erschienen in großer Uebermacht und trotz des tapferen Widerstandes seitens fünf Compagnien vom 1. Bataillon des 24. Regiments und einer Compagnie des 2. Bataillons dieses Regiments, unterstützt von zwei Kanonen, zwei Raketenbatterien, 104 Briten und etwa 800 Eingeborenen, überwältigten sie die Truppen. Das Lager, die gesammte Reserve-Munition und den Transportdienst der Colonne enthaltend, wurde genommen und nur wenige von dessen Verteidigern entkamen. Unser Verlust, fürchte ich, muß auf 30 Offiziere und ca. 500 Unteroffiziere und Gemeine der Reichstruppen und 70 Unteroffiziere und Gemeine der Colonialtruppen angegeben werden. Eine Untersuchung ist angeordnet worden, um Beweismaterial über diese unglückliche Angelegenheit zu sammeln, und dasselbe wird Ihnen bald nach dessen Empfang zugeandt werden. Ausführliche Einzelheiten, soweit dieselben erlangt werden konnten, sind in meiner Depesche übermittelt worden, die Ihnen durch die nächste Post zugehen wird. Es scheint, daß die Truppen aus ihrem Lager weggejagt wurden, da die Action ca. 1 1/2 Meile außerhalb desselben stattfand. Der übrige Theil von Oberst Glyn's Colonne besetzte das Lager am selbigen Abend nach Einbruch der Dunkelheit wieder, nachdem er mit mir den ganzen Tag 12 Meilen weggezogen. Am folgenden Morgen, den 23. d., kamen wir am Portes Drift-Posten an, der 12 Stunden hindurch von 3,000 bis 4,000 Zulus angegriffen worden. Die Vertreibung seitens etwa 80 Mann des 24. Regiment unter Bromhead und einigen anderen Offizieren war höchst tapfer. Lieutenant Chad vom Genie-Corps war der Senior-Offizier. 370 Leichen lagen in dichten Haufen um den Posten herum. Hier allein verloren die Zulus etwa 1000 Mann. Im Lager, wo das Unglück sich ereignete, wird der Verlust des Feindes auf über 2,000 veranschlagt.“ (Fortsetzung in der ersten Beilage.)

doch, daß ich Wittve bin... Niemand spricht für mich! Und meine kleinen Kinder, ihrer hätten Sie sich doch erbarmen sollen.

Alupkin: Das ist zu viel, zu viel! Nein, das ist zu viel!
Bespondin: Du findest also, daß mein Antheil besser ist, als der Deinige?

Frau von Kuroff: Vierundzwanzig Dessätinen!
Bespondin: Nein, sag' an, findest Du ihn besser?
Frau von Kuroff: Bewahre! Vier — und — zwanzig Dessätinen!

Alupkin: Aber so antworten Sie doch! Finden Sie diesen Antheil besser, besser?

Frau von Kuroff: Was haben Sie denn gegen mich, Väterchen? Ist es so bei Ihnen in Lambow Gebrauch? Gott weiß, woher er kommt und was für ein Mensch er ist und wie er sich ausbläst!

Alupkin: Bitte, gnädige Frau, vergessen Sie sich nicht. Wenn Sie auch eine Dame sind, so könnte ich endlich auch die Rücksichten außer Acht lassen... Ich bin ein alter Soldat, zum Teufel noch einmal!

Balagalajeff: Genug, genug, meine Herrschaften! Anton Simenowitsch, beruhigen Sie sich — das führt zu nichts!
Alupkin: Das scheint so — wirklich!

Frau von Kuroff: Er ist verrückt! er ist verrückt!
Bespondin: Ich frage Dich noch einmal, Anna Ilinitichna, ist Deiner Ansicht nach mein Antheil besser?

Frau von Kuroff: Nun ja, er ist besser, das heißt, er hat mehr Land.

Bespondin: Gut, so wollen wir tauschen. (Sie schweigt.)
Balagalajeff: Nun, warum antworten Sie denn nicht?

Frau von Kuroff: Wie kann ich denn das Haus entbehren? Was für ein Grund und Boden ohne dieses?

Bespondin: Nun wohl, wenn Dir mein Antheil besser gefällt, so gib mir den Gutshof und nimm dafür die vierundzwanzig Dessätinen. (Beide schweigen.)

Balagalajeff: Nun, Anna Ilinitichna, seien Sie endlich vernünftig und folgen Sie dem Beispiel Ihres Bruders! Ich kann mich heute nicht genug über ihn freuen. Sie sehen, daß er zu jeder Nachgiebigkeit gegen Sie bereit ist; Sie haben nur Ihre Wünsche in Betreff der Wahl auszusprechen.

Frau von Kuroff: Ich sagte schon, daß ich gar nicht die Absicht habe, zu wählen.

Balagalajeff: Sie haben nicht die Absicht zu wählen und wollen auf keinen Vorschlag eingehen? Da muß ich doch bitten und Ihnen bemerken, Anna Ilinitichna, daß meine Kräfte zu Ende gehen. Wenn wir die Sache heute nicht zum Abschluß bringen, will ich nicht länger zwischen Ihnen Vermittler sein — kann mag das Ge-

richt die Theilung vornehmen. Sagen Sie nur wenigstens, was Sie wünschen.

Frau von Kuroff: Was soll ich sagen, Nikolai Swanowitsch. Ich sehe wohl, Sie sind alle gegen mich. Sie sind Ihrer fünf und ich sehe allein. Ich bin nur ein Weib und es ist natürlich leicht für Sie, mich einzuschüchtern. Ich habe keinen Beistand außer Gott... Ich bin in Ihrer Gewalt... Sie können mit mir machen, was Ihnen gefällt.“

So geht es noch eine Weile fort, bis endlich Allen die Geduld reißt und sie in Zorn und Groll auseinanderstieben. Am die Verwirrung zu mehrern, kommt noch Knapp vor Schluß Pechterjess, der Rival des Marschalls, und der Polizei-Inspector, der Gegner Alupkins, hinzu, so daß sich schließlich drei streitende Parteien entgegenstehen.

Diese ausführliche Nacherzählung und die mitgetheilten Proben setzen den Leser in Stand, sein eigenes Urtheil zu formuliren. Sicherlich wird er das Wort Julian Schmidt's über das Lustspiel nicht überschwänglich finden: „Jede einzelne Figur wäre eine würdige Aufgabe für einen Charakterspieler, ein Coullissenreißer fände gar keinen Platz. Vergleicht man das Stück mit einem der besseren von Scribe oder seiner Schule, so ist ganz ungläublich, wie farblos, leer und nüchtern die französischen Figuren ausfallen! Bei ihnen ist Alles aus dem Handgelenk und nach der Schablone gearbeitet. Die meisten komischen Figuren sind weiter nichts, als die Verkörperung eines einzelnen Einfalls und haben weiter kein Leben. Bei Turgenjess kommt so etwas nie vor. Er kennt keine Automaten, auch der kleinste Zug geht bei ihm aus der aufmerksamsten Beobachtung hervor und ist eigenartig erfunden. Gerade seine Nebenfiguren verdienen das ernsthafteste Studium. Ein weiteres Lob wäre noch hinzuzufügen: das treu der Wirklichkeit nachgemalte nationale Colorit. Aber durch all' dieses ist nur der literarische Werth der Dichtung entschieden, nicht die Frage, ob das kleine Werk in der That dramatisch geführt und ein Lustspiel ist? Und darauf wird selbst der begeisterte Anhänger Turgenjess nicht mit „Ja!“ antworten können. Ein Lustspiel braucht Handlung. Hier ist sie nicht zu gewahren. Wir lernen eine lange Reihe von Personen nach einander kennen; sie prallen zusammen und stürzen ab. Ein Lustspiel braucht einen Kern und Mittelpunkt. Auch dieser fehlt hier gänzlich — fast jede dieser Gestalten fordert und verdient das gleiche Interesse. Das kann unmöglich bloß der Mangel an „szenischem Talent“, an Bühnengeschick verschuldet haben. In der That liegt der Fehler tiefer, schon in der Wahl der Fabel. Der Stoff eignet sich einzig zur Novelle, in welcher die behagliche Entwicklung und das Nebeneinander der Figuren trefflich zur Geltung kommen, und wenn wir erwägen, daß sich derselbe charakteristische Fehler auch in den anderen

dramatischen Versuchen findet, so können wir wohl als Resultat dieser Betrachtung aussprechen:

Auch die dramatischen Versuche Turgenjess's sind interessant, auch sie verdienen gelesen zu werden. Aber das Beispiel dieses genialen Dichters bekräftigt andererseits doch wieder den Erfahrungssatz, daß man ein trefflicher Erzähler sein, als solcher auch viele Eigenschaften des Dramatikers in sich vereinigen und doch kein Drama schaffen kann, sofern nicht jene specifische, kaum in Worten zu definirende Begabung hinzutritt: das dramatische Talent.

[Was Tepliz in Gefahr.] Im „Berliner Tageblatt“ lesen wir: Es sind jetzt mehr als hundert Jahre her, am 1. November 1755, als in dem Bade Tepliz, welches schon damals sich eines Beltrusses erfreute, starker Schreden sich verbreitete. Die Urquelle der Bäder, die Hauptquelle im Stadtbade, blieb plötzlich aus, stürzte dann aber nach wenigen Minuten unter heftigem Brausen, dunkelgelb gefärbt und in großer Menge wieder hervor. Wie sich in jener eisenbahnlosen und telegraphenlosen Zeit erst viel später herausstellte, war dieses Ereigniß am Tage des Erdbebens von Lissabon eingetreten und stand mit demselben in Zusammenhang. Seit jener Zeit ist die Bedeutung des Bades unendlich gestiegen. Die Zahl der Curgäste steigert sich in einer Saison oft auf mehr als sechshundert, seine Lage hat es zu einem mit Vorliebe gewählten Zusammenkunftsorte der Monarchen der Mächte gemacht, Friedrich Wilhelm III. hat dort Seilung gesucht und gefunden und erst im vergangenen Sommer hat Kaiser Wilhelm nach schweren Tagen sich dort erholt. Kein Wunder, daß man auch in Deutschland an dem Geschied lebhaften Antheil nimmt, von welchem Tepliz jetzt bedroht ist. Vor wenigen Tagen wurden, wie bereits mitgeteilt, die in der Nähe von Tepliz befindlichen Gruben von einer Ueberschwemmung heimgesucht, welche einen schweren Verlust an Menschenleben im Gefolge hatte. Jetzt geht dem hier citirten Blatte folgendes Privattelegramm zu:

Tepliz, 13. Februar. Das Gruben-Unglück hat ein noch weit schrecklicheres Unglück im Gefolge. Seit heute früh ist das Wasser im Stadtbade, dem Urquell der Teplizer Bäder ausgeblieben, dagegen ist in den Kohlenbergwerken seit heute früh das Wasser, welches sehr vermehaltig ist, bedeutend gestiegen. Soeben hat eine Stadtverordneten-Sitzung stattgefunden. Es ist beschloßen worden, die Regierung in Wien telegraphisch um die Entsendung einer Commission der geologischen Reichsanstalt zu ersuchen. Es ist ferner eine Permanenzcommission gebildet worden, welche ohne Unterbrechung Wasserstand und Wärme in den Durer Schächten und Bädern zu untersuchen hat.

Tepliz, 13. Februar. Die Befürzung der Bevölkerung ist über alle Beschreibung groß. Das Theater, der Maskenball, der sonnenabende Gewerbeausstellungs-Ball sind abgesagt worden. Nachmittags wurden gegen 80,000 Gulden Sparcassen-Einlagen erhoben. Die Stadt-Badequelle rieft nur noch schwach. Das Wasser im Bassin ist per Stunde 6—7 Centimeter gefallen, so daß es um 6 Uhr Abends von 104 auf 13 Centimeter gesunken war. Die Wasser-Temperatur ist von 39 1/2 auf 34 1/2 Grad gesunken. Der Minister-Präsident meldete auf das Gesuch der Stadtverordneten, daß die geologische Commission bereits ernannt sei und morgen eintreffen werde. — Im Nelsonschachte ist seit Mittag das Wasser 3 Meter über dem Niveau geblieben. Im Döllingerchachte ist es seit Mittag 2 Meter gestiegen. Neuerdings steht auch der Unionsschacht unter Wasser und der Kallmagerschacht mußte ebenfalls geräumt werden.

(Fortsetzung.)

Oberst Pearson, Befehlshaber der Colonne Nr. 1, hat die Angriffe der Zulus erfolgreich zurückgeschlagen. Die Depesche schließt mit einer Liste der gefallenen und vermissten Offiziere.

Bald nach dem Empfang der amtlichen Depesche trat das Cabinet in Downing-Street zu einer Sitzung zusammen, in welcher beschlossen wurde, ohne Verzug Verstärkungen nach dem Cap zu senden, und zwar sechs Bataillone Infanterie, zwei Regimenter Cavallerie, zwei Batterien Artillerie, eine Compagnie Genietruppen, drei Compagnien des Army-Service-Corps und eine Compagnie des Ambulanz-Corps. Für den Fall, daß jedes nach dem Cap beorderte Regiment auf Kriegsfähigkeit gebracht wird, dürfte die Verstärkungsmacht 5000 Mann Infanterie, 800 Mann Cavallerie und 6 Kanonen umfassen. Die Regierung instruirte gestern den Vizekönig von Indien auf telegraphischem Wege, unverzüglich Verstärkungen nach Natal zu senden. Mittlerweile wird Lord Chelmsford durch die auf der Insel Mauritius stationirte Batterie Artillerie verstärkt werden. Contre-Admiral Sullivan ist instruirte worden, sein Flaggeschiff, die „Active“, dahin zu senden und die Batterie abzuholen.

[Der englisch-afghanische Krieg.] Aus Calcutta wird dem Reuterschen Bureau unterm 11. ds. telegraphirt: „Mirza Mahomed Hassan ist von Tashkend in Kabul angekommen. Er meldet, daß das Gerücht vom Tode Schir Ali's keine Begründung und seinen Ursprung in der Meldung von dem Tode des Emirs von Bokhara habe. Mirza Mahomed Hassan theilt ferner mit, daß die russischen Behörden es abgelehnt haben, sich in afghanische Angelegenheiten zu mischen, und daß Schir Ali versuchen werde, Herat zu erreichen. — Yacob Khan hat ein Regiment Cavallerie nach Kohistan geschickt, um die unter den dortigen Stämmen ausgebrochenen Unruhen zu dämpfen. Die dort herrschenden beiden Parteien stellten indeß bei der Ankunft des Regiments ihre eigenen Feindseligkeiten ein und griffen die Cavallerie an, welche sie zerstreuten. In der Nachbarschaft des Mohund-Gebirges nimmt gegenwärtig die Aufregung ab. Die britischen Truppen in dem Peimur-Kotal-Paß befinden sich unter gutem Obdach und in bester Gesundheit. Der Schnee liegt dort nur wenige Zoll hoch, aber im Schutargardan-Paß ist er in größerem Maße vorhanden.“ — Der die Colonne des Generals Stewart begleitende Special-Correspondent des „Standard“ telegraphirt unterm 7. ds. aus Sir Mohamed:

„Nachdem General Stewart Khatlati-Chilzai am 2. ds. verlassen, holte er das Gros der ersten Brigade in Jaldat ein. Wir sind hier durch bestigen Regen und Schnee seit dem 4. zurückgehalten worden. Die Brigade unter Hughes wird wegen Mangel an Transportmitteln noch mindestens 3 Wochen in Khatlat bleiben müssen. Die Sterblichkeit unter den Kameelen ist ernstlich. Die verschiedenen Truppentheile haben Befehl, sich in Kandahar zu concentriren. Die Hauptlinge sind nicht übel genimmt, aber sie bekennen, daß sie uns thätigen Widerstand leisten würden, wenn sie die Gewißheit hätten, daß wir permanent im Lande blieben; aber sie riskiren dies nicht unter den gegenwärtigen Umständen, da sie nach unserem Rückzuge dafür zu büßen haben würden.“

Provinzial-Beitung.

Breslau, 14. Februar. [Tagesbericht.]

* [Monatsblatt für öffentliche Gesundheitspflege.] Diese vom Verein für öffentliche Gesundheitspflege in Braunschweig herausgegebene sehr schätzbare Monatschrift ist der vollen Beachtung werth. Nr. 1 des zweiten Jahrganges (1879) enthält einen sehr interessanten Artikel „über Straßenreinigung in den Städten“ von Charles E. Viernur, Ingenieur-Capitän a. D. Natürlich behandelt der Herr Verfasser in diesem Artikel auch die

Canalisation und hier erwähnt er Dinge, welche mancherlei Bedenken in Betreff unserer Schwemm-Canalisation und unseres Rieselsystems wach rufen. Herr Viernur berechnet z. B., daß zu einer Stadt von 20,000 Einwohner Rieselfelder im Umfange von mindestens 400 Hectar gleich circa 1600 Morgen gehören. Nach dieser Berechnung aber brauchte Breslau (mit 270,000 Einwohnern) zum Rieselfeldes ein geeignetes Terrain im Flächeninhalt von über 5200 Hectar oder 20,800 Morgen. Nun hat aber Kantsern: 1) Gartenland 6 Morgen 176 Du.-Ruthen; 2) Ackerland 1352 Morg. 122 Du.-Ruthen; 3) Wiesen 416 Morgen 72 Du.-Ruthen; 4) Gräserlande 42 Morgen 11 Du.-Ruthen, zusammen also 1818 Morg. 21 Du.-Ruthen. Kantsern hat zwar noch 1161 Morgen 85 Du.-Ruthen Forstland, das kommt aber hier nicht in Betracht. Ferner hat die Commune Breslau im vorigen Jahre Döwiz gekauft. Dasselbe hat Ländereien im Flächeninhalt von 253 Morgen, davon gehen ab 510 Morgen Wald, ferner 166 Morgen, die an den früheren Besitzer wieder zurückgegeben worden sind, bleiben also 1577 Morgen zur Rieselfeldung. Döwiz und Kantsern bieten also im günstigsten Falle höchstens nur 3395 Morgen = 848 Hectar Ländereien zur Rieselfeldung dar, also nur den sechsten Theil (!) desjenigen Ländereicomplexes, welchen der oben genannte Herr Verfasser für eine Stadt mit 270,000 Einwohnern für unbedingt notwendig hält und welches auch nachweist. Breslau kommt, wenn es an der Ausführung nicht durch die Differenzen mit dem Carlowitz-Kantserner Deichverbande gehindert wird, freilich durch einen Vertrag mit Hrn. S. A. Wird aus dieser Klemme, nach welchem letzterer sämtliche Canalwässer auf 10 Jahre zur Rieselfeldung gepachtet hat, und zu letzterer nur 6—700 Hectar Ländereien der Döwitzer und Kantserner Territorien verlangt. Nach Meinung des Ingenieur-Hauptmanns Viernur müßte das Land bei so geringer Ausdehnung durch die übermäßige Rieselfeldung verpumpen und das Grundwasser durch die nicht consumirten Düngersubstanzen vergiftet werden; somit würde die Commune Breslau bei diesem Vertrage einen ungeheuren Verlust erleiden, ganz abgesehen von der Sorge wegen der Beschaffung neuer ausreichender Ländereien. Allein der Herr Verfasser erwähnt mit keiner Silbe der Drainirung, die im ganzen Gebiete der Rieselfelder von Döwiz-Kantsern ausgeführt werden soll und die es hoffentlich verhindern wird, daß die gesammten Ländereien unbrauchbar werden. Herr Viernur ist überhaupt gegen die Schwemmcanalisation, welche folgende Uebelstände herbeiführen soll. Nämlich: 1) Verunreinigung der Luft durch Canalausdünstungen; 2) Verunreinigung des städtischen Bodens durch durchsickernde Canalaufgänge; 3) incomplete Arbeitsleistung, indem ein Abfuhrsystem nebenbei unerlässlich ist; 4) Verunreinigung der Flüsse, Düngerverschwendung und allgemeine Bodenverschöpfung; 5) große Kopfspligkeit; Vermehrung von Armuth und Prostitution. (Wie Herr Viernur die etwas sonderbar klingende Behauptung, daß Schwemmcanalisation die Verarmung des Landes herbeiführe — beweist, muß man gefälligst in dem Aufsatz selbst nachsehen, da es zu viel Raum beansprucht.) — Der Herr Verfasser erklärt sich entschieden für das Differenzirsystem. Dasselbe wendet zwei Röhrenleitungen statt eines einheitlichen Canalnetzes an. Eine dieser Röhrenleitungen dient ausschließlich für die in den Abort gelangenden Substanzen, ist durchaus von luftdichten, gußeisernen Röhren construirt und führt die hineingelangende Masse unterirdisch, durch atmosphärischen Druck getrieben,

nach einem außerhalb der Stadt belegenen Maschinengebäude, woselbst dieselbe sofort mittelst Abdampfung des Wassergehalts in ein trockenes Pulver verwandelt wird. Die andere Röhrenleitung dient für das übrige Küchenwasser, Regenwasser, welches mittelst filtrirender, sämmtlichen Koth zurückhaltender Straßengullies zufließt, Gewerwasser, welches der Gewerbetreibende vorher reinigen muß, und endlich für das Grundwasser, falls solches zu hoch steht oder zu großen Schwankungen ausgelegt ist, indem alsdann zur Regulirung desselben genau auf der richtigen Höhe poröse Drainageröhren gelegt werden, die sich in die tiefer liegenden Canalröhren ergießen.

[Antrag.] Der Handelsminister hat, wie die „Tribüne“ meldet, dem Landtagsabgeordneten Geh. Regierungsrath Jacobi zu Kiegnitz den Auftrag ertheilt, in diesem Jahre sich nach Süddeutschland und Elsaß-Lothringen zum Studium der dortigen Arbeiter-Verhältnisse zu begeben.

* [Belohnungen für Anzeigen betriebsgefährlicher Bahnkrevel.] Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten hat die Kgl. Eisenbahn-Directionen und Commissionen ermächtigt, für die Ermittlung und Anzeige der Urheber von Freveln, durch welche die Sicherheit des Bahnbetriebes gefährdet wird, je nach der Bedeutung des Falles Belohnungen bis zur Höhe von 300 Mark auszusprechen und dem Denuncianten auszahlen zu lassen, falls auf Grund seiner Anzeige die rechtskräftige Verurteilung des Thäters erfolgt.

— [Gewerbesteuer.] Das Veranlagungs-Soll der Gewerbesteuer für die Stadt Breslau pro 1879/80 beträgt in Klasse A. 11 bei 3100 Gewerbetreibenden 223,854 Mark; in Klasse B. bei 4838 Gewerbetreibenden 115,932 Mark; in Klasse C. bei 1514 Gewerbetreibenden 81,345 Mark; in Klasse H. bei 1520 Gewerbetreibenden 36,336 Mark; in Klasse K. a bei 20 Gewerbetreibenden 528 Mark und in Klasse K. b bei 269 Gewerbetreibenden 4434 Mark; zusammen also bei 11,261 Gewerbetreibenden 261,469 Mark Steuer. — Steuerfreiheit haben bewilligt erhalten in Klasse B. 250 und in Klasse B. b 28 Personen. Kleinhändler mit geistigen Getränken sind 179 mit 4296 Mark Steuern veranlagt.

— [Die Absperrung des Wassers.] In der Oplauer und Schweidnitzer Vorstadt, welche in der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu einer Interpellation des Magistrats Veranlassung gab, ist bereits im Laufe vergangener Nacht wieder aufgehoben worden. Die Veranlassung zur Absperrung des Wassers lag nicht, wie vermuthet wurde, in einem Bruch des Hauptwasserrohres am Beginn der Klosterstraße, sondern in dem Umstande, daß daselbst die Verdichtung einer Muffe schadhaft geworden, welcher Schaden, einmal aufgefunden, bald wieder ausgebessert war.

— [Referendariats-Prüfung.] Heute Vormittag fand unter dem Vorsitz des Appellationsgerichts-Vizepräsidenten Donalies eine Referendariats-Prüfung statt. Die Prüfungs-Commission war zusammengesetzt aus den Herren Professor Dr. C. Appellationsgerichts-Rath Schmid und Professor Dr. Schwanert. Von den fünf Rechtskandidaten, welche sich der Prüfung unterzogen, bestanden die Herren Lüdke und Köhricht das Examen.

— [Von der Universität.] Von der juristischen Facultät soll das Dr. Abegghele Stipendium für das Jahr 1878/79 im Betrage von 150 M. an einen „tüchtigen und bedürftigen Studenten der Rechte“ vergeben werden. Bewerbungsgeluche, denen die Zeugnisse der Reife, der Tüchtigkeit, des Fleißes und die Anmeldebücher beiliegen müssen, sind binnen 14 Tagen auf dem Universitäts-Secretariat einzureichen.

— [Vom Matthias-Gymnasium.] Der erste Religionslehrer am hiesigen königl. katholischen Gymnasium zu St. Matthias, Herr Licentiat Knoblauch, feiert im Frühjahr dieses Jahres das fünfundsingzigjährige Jubiläum seiner Lehrtätigkeit als Regens an der genannten Lehranstalt. Für die würdige Feier dieses Tages werden sowohl seitens der Lehrer dieser Anstalt, als auch seitens der Schüler für den allgemein verehrten Jubilar entsprechende Ehrenbezeugungen vorbereitet.

— [Die katholische Presse Schlesiens.] wird bei der Audienz, die der Papst den Journalisten der katholischen Welt am 22. d. M. ertheilen wird, durch den Redacteur des „Kirchenblattes“ vertreten sein. Derselbe wird dem Papst Namens der katholischen Presse eine Adresse überreichen, die wahrhaft künstlerisch ausgestattet ist.

— [Vorlesungen des Herrn Fred. Lucy.] „Das Glas Wasser“ von Scribe. Als wir uns gestern nach der Universität begaben, geschah es in großer Spannung, aber nicht ganz ohne eine gewisse Besorgnis. Ist es doch ein gar lächerliches Unternehmen, eine Dichtung in einer Sprache vorzutragen, die nicht die eigene Muttersprache ist. Das französische Lateinisch bietet außerdem gerade der englischen Zunge bedeutende Schwierigkeiten, in manchen Punkten selbst größere als der unjerer. Herr Lucy hat sich seiner schwierigen Aufgabe sehr wohl entledigt. Seine Aussprache ist eine elegante, geläufige, ohne störende Eigentümlichkeiten und nicht affectirt. Ueber wenige Worte wird man nicht mit ihm rechten, wenn man weiß, wie in jeder Sprache manches sehr verschiedene ausgesprochen wird. Während Herrn Lucy in der allgemeinen Wiedergabe der uns beiden fremden Sprache einzelne unserer Mitbürger, wie wir hoffen möchten, gleichkommen dürften, hat er auch hier einen entschiedenen Vorzug im Vortrag. Für diesen spricht es gerade, daß derselbe seinen natürlichen Höhepunkt erreichte mit den Worten Volingbrots im 3. Act, Scene 6: „Allein gegen alle. Steht Frankreich gegen ganz Europa, und gut beherrscht, beherrscht es alle!“ Denn in diesen Worten leuchtet das, was den Hintergrund des ganzen Stückes bildet, der Grundgedanke, der den Dichter seinen Volingbrots mit solcher Wärme zeichnen ließ, stärker als je hervor, die Verherrlichung der französischen, nationalen Idee. Wenn uns dieser Grundton mitunter weniger angenehm berührt, so muß dem Vorleser doch Beifall gezollt werden, der in seiner Aufgabe so ausgegangen, daß er das mit Begeisterung eines Franzosen las, was einen Franzosen begeistern muß. So ist denn auch hier dem Publikum, das von dem Mißtrauen, das auch wir anfänglich hegten, nicht frei zu sein scheint, zu empfehlen, aus seiner Zurückhaltung herauszutreten, da ihm ein Genuß geboten wird, der uns Breslawern nicht so gewöhnlich zu Theil wird. — Das nächste Mal, Sonnabend, wird sich Herr Lucy auf das rein classische Gebiet begeben; er wird die „Bädra“ des Racine lesen. Man verhält sich in Deutschland gegen die classische französische Tragödie meist entweder ganz ablehnend, oder man lobt sie, ohne sie gerade zu lesen. Sie ist auch nicht die unserer Geschmack entsprechende Nahrung. Die „Bädra“ jedoch ist ein Stück, das die Mängel der übrigen, gleichzeitigen vielleicht im geringsten Maße zeigt, das bei einem interessanten Plan wirklich menschliche Charaktere vorführt, auch die Sprache ist dem, wenn auch auf die höchsten Höhen gesellschaftlicher Stellung gehobenen Leben angemessener. Racine verdankt dabei freilich nicht wenig den Anleihen, die er beim Euripides gemacht. Das Stück ist aber vor allem geeignet, die classische französische Tragödie von ihrer berechtigten, von ihrer besseren Seite zu zeigen. Möchte den Leistungen des Herrn Lucy das nächste Mal größere Beachtung und der verdiente Erfolg zu Theil werden!

— [Sechstes Donnerstags-Sinfonie-Concert.] Nicht minder zahlreich bejuch als seine Vorgänger bot das gestrige Sinfonie-Concert der Trautmann'schen Capelle im Saale des Breslauer Concerthauses auf der Gartenstraße ein nicht minder gewähltes Programm. Außer der Schubert'schen unvollendeten Sinfonie, die in ihren beiden Sätzen — Allegro moderato und Andante — zur vollendeten Wiedergabe durch das Orchester gelangte, kamen die drei Overturen zur Oper „Mignon“ von Thomas, die schwungvolle Concert-Overture „Nachtlänge von Ostan“, von Gade, und die liebliche „Fidelio“-Overture von Beethoven zu musikalischer Circulation, denen sich ein immigriertes Conzertstück für Saiten-Instrumente „Abendmüll“ von Dorn würdig angeschlossen. Die Erfolge des dritten Theiles des Concerts theilte die Concert-Capelle mit Herrn Louis Freymond, einem zu den schönsten Hoffnungen berechtigender jungen Breslauer Künstler, welcher durch feinnuancirten Vortrag des Clavier-Concerts G-dur von Beethoven mit dem äußerst schwierigen Sans von Bilow'schen Cadenzen und zweier kleineren Bienen, der Gavotte von Gluck, nach Brahms's Bearbeitung, und eines Menuets von Schubert, das Auditorium zu rauschendem Beifall und wiederholtem Verdorrs hinriß. Für das nächste am 20. d. M. stattfindende Concert hat die Großherzoglich Mecklenburgische Hof-Pianistin Frau Bettina Schwemer ihre Mitwirkung zugesagt.

— [Schweines Pferd.] In der Mittagstunde fuhr der mit Fässern beladene Wagen eines Bierbrauers von der Nicolaitraße die Burgstraße entlang, als plötzlich die Wage sich löste und dem Pferde auf die Hinterfüße fiel, wodurch dasselbe schwer wurde, sich von der Deichsel loslösen und die Straße entlang jagte. Der Kutscher hielt die Leine fest in der Hand, wurde vom Wagen in Folge dessen herabgerissen und durch den fürchterlichen Koth von dem wild gewordenen Thiere gezogen, wobei er sich öfters überschlug, da er die Leine nicht löste. Mehrere Personen stellten sich

dem Thiere in den Weg und brachten es dadurch zum Stehen. Der pflicht-treue Kosselenter hat außer einigen Beulen keinen Schaden genommen, natürlich war er aber und über mit Strafenloß bedeckt.

+ [Aufgebener Leichnam.] Gestern Nachmittag um 4 1/2 Uhr wurde an der Werberstraße der angeschwommene Leichnam eines unbekanntes Mannes aus der Oder gezogen. Der Entsekte, der schon längere Zeit im Wasser gelegen zu haben scheint, ist mit schwarzem Tuschanzuge und Halbtiefeln bekleidet. Der Leichnam wurde alsbald nach dem Anatomie-Gebäude geschafft.

+ [Voligisches.] Einem Kaufmann auf der Schmiedebücke wurden aus seinem Hausflur zwei Fäßchen mit Culmbacher Bier; einem Färbermeister auf der Neue Weltgasse aus seiner Werkstatt zwei kupferne Kessel; einem Bäckermeister auf der Catharinenstraße ein zweirädriger Handwagen; einer Schneidermeisterschwitze auf der Goldenen Rabegasse 2 Stück Frauenhemden, ein gestreifter Bettdeckchenüberzug, 3 Kopfsüden, 2 carrirte Bettzüge und 3 carrirte Kopfsüdenüberzüge; und einem Restaurateur auf der Gartenstraße eine Badewanne von Zinnmetall gestohlen.

— [Schwurgerichtsverhandlung gegen Cziemel und Genossen.] Der Zudrang des Publikums zu den Verhandlungen in dem oben bezeichneten Prozesse ist so bedeutend, daß die im Polizeipräsidium zur Ausgabe gelangenden Eintrittskarten für den Zuschauerraum des Schwurgerichtssaales schon früh um 8 Uhr an den betreffenden Tagen gänzlich vergriffen sind und das Polizeipräsidium sich veranlaßt sieht, dieses, um ferneren sich häufenden Nachfragen vorzubeugen, durch besonderen Anschlag an betreffender Stelle bekannt zu machen. Während der heutigen Verhandlung gegen 11 1/2 Uhr Vormittags wurde im Zuschauerraum ein Mann von Krämpfen befallen. Der Zuschauerraum war derart angefüllt, daß das Hinaustragen des Erkrankten Schwierigkeiten machte und eine so erhebliche Unruhe hervorrief, daß sich der Vorhänge veranlaßt sah, eine Pause einzutreten zu lassen.

— [Von der Oder.] Das Wasser der Oder ist im Laufe des heutigen Vormittags noch gestiegen, im Unterwasser beinahe 1/2 Meter. Die Schiffe sind fortwährend mit Waden besetzt, damit bei eintretender Gefahr Hilfe zur Hand ist. Der Eisgang hat heute Morgen nicht lange gedauert, einzelne Schollen treiben aber noch fortwährend stromab; Schaben hat derselbe aber doch hier und da angerichtet, so ist das erst im Jahre 1877 renovirte Wehr zwischen der Neu- und Mittelmühle (bei der Bürgerwerderbrücke) arg beschädigt. Durch ein großes Loch bahnen sich die Wellen einen Weg unter der Dichtung, die an einem Querbalken sich brechenden Wassermassen spritzen fußhoch in die Höhe. Von der Wassergasse aus wurden die angeschwemmten Trümmer eines Bretterhäuschen aufgeschoben.

— [Von der Oder.] Gestern Nachmittag 4 Uhr zog Obereis etwa 15 Minuten lang hier durch, setzte sich dann aber zum Theil an der Dombrücke wieder fest, so daß alsbald größere Eismassen zusammengehoben waren, die sich an einzelnen Stellen, namentlich vor dem Stedtel'schen Grundstücke auf der Uferstraße, bergab aufstürzten. — Das Wasser scholl hierbei sehend an und trat hinter der Gasanstalt und vor dem Morgenauer Thore auf die Holzplage aus. — An der Gasanstalt wurde ein Brunnentasten durch das Eis mit fortgerissen. — Die Dampfschiffe im Schlinge ragen hoch über das Straßenniveau hinaus. — Die Dble, welche eisfrei war, erhält durch den Zufluß der Oder zahlreiche Eismassen. — Während gestern noch das Eis bis zum Städtischen Holzplage vor dem Morgenauer Thore feststand, rückte dasselbe in der Nacht wieder ein Stück weiter abwärts zusammen und zog mit dem heute früh in der 8. Stunde wieder eintreffenden Obereis in einem etwa 2 Stunden andauernden Eisgange mit fort, da das Ziehen sämtlicher Schleusen-Zufuhrbrinnen und Deffnung des Nadelwehres für den erforderlichen Abzug sorgten. — Das Eis nahm seinen Lauf einzig und allein durch die Sandbrücke über das große Wehr, da die Dombrücke durch noch daselbst lagernde Eismassen gesperrt war. — Der Strom ist vom Strauchwehre ab nunmehr bis auf einige Eisablagernngen an einzelnen Stellen der Ufer, namentlich in dem Winkel vom Augustaplage und an der Dombrücke, gänzlich eisfrei. Jetzt steht die Oder bereits niedriger als die Dble, welche letztere daher wieder in die Oder abfließt; die Dble ist nur von der Turnhalle bis zur Einmündung in die Oder eisbedeckt. — Der Margarethenbamm und die Morgenauer Wiesen stehen vollständig unter Wasser. — An sämtlichen Brücken waren Wachen aufgestellt. Die Gefahr scheint beseitigt. — Die Fehlfahrtstraße, welche während des Eisganges überfluthet war und die Communication mit der Stadt absperrt ist wieder frei, so wie die Holzplage vor dem Ziegelthore und am Schlinge, da nach beendeten Eisgange das Wasser sofort um ca. 2 Fuß gefallen ist.

Grünberg, 14. Februar. [Promenaden. — Concession. — Apotheken.] Wir möchten unsere städtischen Behörden dringend darauf hinweisen, bei Aufstellung des Etats fürs nächste Verwaltungsjahr eine größere Summe für Cultur- und Promenadenzwecke auszuwerfen. Der schönen Umgebung Grünbergs fehlt nur das Eine, Schatten, und wenn auch der Verschönerungs-Verein bereits Mehreres durch Anpflanzungen gethan hat und ebenso die Bahnhofsstraße verpflanzt bereits eine schattige Promenade zu werden, so bleibt doch viel zu thun übrig. Der Verschönerungsverein hat zwar jährlich einige Hundert Mark zur Verfügung und beabsichtigt auch den Rohrbusch mit der Stadt durch eine Allee zu verbinden. Aber bei der jetzigen finanziellen Lage der Stadt müßte dieselbe ein Mehr thun. Man müßte die Baumanlagen auf den breiten Straßen erneuern und ergänzen und allmählig zwischen Bahnhof und Stadt eine Promenade zu schaffen suchen. — Unsere Polizeibehörde ist bekanntlich mit großer Energie gegen das Vagabondentum vorgegangen, indem sie einerseits energische Polizeimahregeln ergriffen hat, andererseits aber auch durch Errichtung eines Arbeits-Nachweise-Bureaus für Beschäftigung der Arbeitslosen sorgt. Ein Hauptaufenthaltort aller sogenannten armen Reisenden ist die B.-Herberge, und glaubte die Polizei, da der Inhaber der Concession gestorben war, die Erneuerung der Concession an die Frau Bermeigern zu müssen. Da trotzdem der Magistrat beschloß, hat der Befehliger die Concession zum Schantbetriebe zu geben, so will die Polizei-Verwaltung, deren Chef unser Polizeidirector ist, beim Bezirksgericht appelliren und würden wir so das eigenthümliche Schauspiel erleben, daß ein Theil der Behörde mit dem anderen im Streite liegt. — Während sonst die hiesigen Apotheken bis vor mehreren Jahren in festen Händen waren, sind sie jetzt ein sehr veränderlicher Besitz geworden. Wie die Adler-Apothek, so hat auch die Löwen-Apothek in kurzer Zeit ihren vierten Besitzer bekommen, indem dieselbe vom Herrn Apotheker Weiersdorf an Herrn Apotheker Schröder veräußert ist. Der Preis ist ein hoher und sind augenblicklich große Fabriken billiger, wie die hiesigen Apotheken.

Freiburg, 13. Febr. [Zusammenkunft der Landwirthe. — Vereiteltes Vergnügen.] Am 11. d. Mts. versammelten sich die Landwirthe aus Freiburgs Umgegend zu einer gemüthlichen Zusammenkunft im „Hotel zur Burg“ hieselbst. — Rofe Blacate an den Eden der Stadt verkündeten in veriger Woche den hiesigen Einwohnern, daß ein Herr Marelli am 9. und 10. d. Mts. im Saale des Gasthofes „zum goldenen Anker“ physikalische Soirées veranstalten würde. Mit Verträgen mußte man am Sonntag Abend vernehmen, daß Herr M. gar nicht hierher gekommen sei und leider ist der betreffende Herr auch heute noch nicht hier angelangt.

§ Striegau, 13. Febr. [Bestalozzi-Verein. — Vortrag.] Gestern wurde im „deutschen Hause“ hieselbst die statutenmäßige Generalversammlung des Bestalozzi-Zweigvereins abgehalten. Aus dem vom Schriftführer, Lehrer Zimmermann, erstatteten Jahresberichte war zu entnehmen, daß der Verein trotz der ungünstigen Zeitverhältnisse höchst erfreuliche Resultate erzielt und seine hervorragende Stelle unter den Brudervereinen in der Provinz behauptet hat. Die Zahl der Mitglieder stieg von 152 auf 166, nämlich 72 Lehrer und 94 Nichtlehrer. Die Jahresrechnung hat ergeben: a. an Mitgliedsbeiträgen 633,50 Mark, b. an außerordentlichen Einnahmen 325,45 Mark, an Zinsen 16 M., im Ganzen 1024,54 Mark gegen 952 M. im Vorjahre. Die Jahresbeiträge, deren Durchschnittsbetrag sich auf 4,11 Mark stellt, bewegten sich zwischen 1—75 Mark. Aus diesen Einnahmen wurden folgende Unterzinsen gezahlt: a. für Rechnung der Provinzial-Casse an 16 Wittwen à 22 Mark = 352 Mark, b. aus der Zweigvereins-Casse an 20 Wittwen à 20—24 Mark = 444 Mark. Außerdem leistete der Verein zur Beihilfe in der Provinz 148 Mark. Mit Einschluß der an drei Wittwen resp. Waisenfamilien vertheilten außerordentlichen Liebesgabe einer vielgenannten wohlthätigen Dame im hiesigen Kreise sind demnach im Ganzen 1034 Mark durch den hiesigen Zweigverein zur Vertheilung gekommen. Bei der an Ostem in Breslau stattfindenden Hauptversammlung des Provinzial-Vereins wird der hiesige Verein durch seinen Vorsitzenden, Lehrer Friedrich, event. durch Cantor Frohofs-Peterwitz, vertreten sein. Aus der mit dem Bestalozzi-Zweigverein organisch verbundenen Sterbeliste erhielten die Hinterbliebenen eines verstorbenen Mitgliedes einen einmaligen Betrag von 100 Mark. — Infolge Einladung des „wissenschaft-

„Hohen Verein“ hielt gestern Abend Professor Robert v. Schlägintweit im „deutschen Hause“ hier, selbst einen Vortrag über die wichtigsten Völker Indiens, namentlich die Hindus, der nach Form und Inhalt bei der zahlreichen Zuhörerschaft die gespannteste Aufmerksamkeit erregte.

—r. Namslau, 13. Febr. [Aufhebung der Tertia.] Bereits Anfang October v. J. hatte der hiesige Magistrat in Uebereinstimmung mit der Stadtvorstande-Verammlung, den Beschluß gefaßt, die hiesige, Anfang Mai v. J. erst neu errichtete höhere Real- und Knabenschule von Oßtern v. J. ab durch die Aufhebung einer Tertia zu erweitern und für dieselbe zwei neue Lehrer, und zwar einen Philologen mit 2100 Mark und einen Mathematiker mit 1800 Mark Jahresgehalt anzustellen. Nachdem der hiesige Magistrat der Regierung gegenüber die Prästationsfähigkeit der Stadt Namslau in Bezug auf diese Erweiterung unserer höheren Schulanstalt und resp. der dadurch erforderlichen vermehrten Lehrerbefehlungen nachgewiesen, ist nunmehr gegründete Aussicht vorhanden, daß von der Regierung in Uebereinstimmung mit dem Provinzial-Schul-Collegium der obige Beschluß unserer städtischen Beförden genehmigt werden wird und die hiesige bisherige dreiklassige höhere Real- und Knabenschule wird daher zu Oßtern v. J. durch Errichtung der Tertia erweitert werden. In die diesbezüglichen notwendigen gewordenen zwei neuen Lehrstellen ist als Philologe der zur Zeit an der Heiligengeist-Schule in Breslau fungierende Lehrer Herr Unverricht und als Mathematiker auf Empfehlung des Provinzial-Schul-Collegiums der gegenwärtig am königlichen Matthias-Gymnasium und am pädagogischen Seminar in Breslau beschäftigte Lehrer Herr Kalischek berufen worden. Nach den in Folge dessen bereits erlassenen magistratsrathlichen Bekanntmachungen werden Anmeldungen von neuen Schülern von dem Dirigenten der Anstalt, Herrn Rector Rittelmann, jederzeit entgegen genommen, der auch ganz geeignete Pensionen nachzuweisen in der Lage ist.

G. Tarnowitz, 13. Febr. [Freiwillige Feuerwehr.] Der seit zwei Jahren bestehende Verein der hiesigen freiwilligen Feuerwehr zählte zu Beginn dieses Jahres 15 zahlende und 129 active Mitglieder. Von den Letzteren gehören 24 der Steiger-, 49 der Lösch-, 46 der Wacht-Abtheilung an; 4 wirken im Vorstande, 5 als Hornisten, 1 als Zeugwart. Nach einem am 16. Mai 1877 mit der städtischen Verwaltung abgeschlossenen Vertrage wurden dem Verein alle der Stadt gehörigen Feuerlösch-Geräthe zur Benutzung überlassen. In den beiden verfloßenen Vereinsjahren sind auf Reparaturen und Neuanschaffungen von Feuerlösch-Geräthen und Ausrüstungsgegenständen 2979 M., auf den Bau eines Steigerturns 719 M. verwendet worden. Die gesammten Ausgaben des Vereins betragen bisher 4332 M., welchen eine Einnahme von 4569 M. gegenüber steht. Im letzten Jahre trat der Verein in 2 kleineren und 3 größeren Vorfällen in der Stadt, bei 3 Hochfeuern in der Umgegend und bei 15 Uebungen in Thätigkeit. Als im October vorigen Jahres mehrere rasch aufeinander folgende Brandstiftungen die Stadt in große Unruhe versetzt hatten, richtete der Verein städtische Sicherheits-Patronillen seiner Mitglieder ein. Der Magistrat hat dem Verein für dieses Vorgehen seinen besonderen Dank ausgesprochen. Seine Thätigkeit wurde ferner durch Prämien des hiesigen Kreises und der Schlesischen Provinzial-Städte-Feuer-Societät, wie durch namhafte Beiträge mehrerer Hausbesitzer, welche der Verein vor größeren Schäden bewahrt hatte, anerkannt. Bei der am 2. Februar stattgefundenen Generalversammlung wurde der frühere Vorstand wiedergewählt. Am 9. d. M. veranstaltete ein Comité zu Gunsten der Vereinskasse eine theatrale Aufführung, welche einen Reinertrag von 40 Mark lieferte.

† Ples, 12. Februar. [Canonicus Kosmeli.] Heute in der achten Morgenstunde entschlief nach kurzem Krankenlager der hochgeachtete und allgemein verehrte hiesige Stadtpfarrer Canonicus Kosmeli. Der Entschlafene, welcher ein Alter von 76 Jahren erreichte, wurde in kurzer Zeit das 50jährige Priester-Jubiläum gefeiert haben. Mit dem Hinscheiden des in jeder Beziehung toleranter Diener der katholischen Kirche ist die Pfarochie Ples in kirchenpolitischer Beziehung in die nämliche Lage versetzt worden, in der so viele Pfarochien sich seit langer Zeit in Folge des „non possumus“ befinden. Wie die Dinge hier liegen, dürfte die Pfarrcuria ebenfalls von längerer Dauer sein.

[Notizen aus der Provinz.] † Langenbielau. Herr Prof. A. von Schlägintweit aus Gießen wird künftigen Donnerstag, den 20. Februar c., im hiesigen Gewerbe-Verein einen Vortrag: „Geographisches und Ethnographisches über den Himalaya“ halten, wobei auch Gaste eingeführt werden können. * Tarnowitz. Der Herzog von Sachsen-Altenburg hat dem Landrath Barchewitz das Ritterkreuz erster Klasse des Herzoglich Sachsen-Ernestinischen Hausordens verliehen.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

8 Breslau, 14. Febr. [Schwurgericht. — Fortsetzung 5.] Am vierten Sitzungstage wird die Beweisaufnahme fortgesetzt.

Eine inzwischen verlorbene Zeugin, unverschleihte Kieba, war eine der Arbeiterinnen, auf dem Pilsnicker Felde gewesen. Ihr war der Mann im Arbeitsantrage dadurch aufgefallen, daß derselbe „etwas Besonderes an der Nase hatte.“ (Die Nase des B. ist sehr kurz, sieht von vorn überdies so aus, als wenn unten etwas weggeschnitten worden wäre.)

Kreisgerichtsrath Göbel hat den Vater insbesondere auch betreffs der angeblichen Blutslede in den (inswischen verschonten) Hofen befragt. V. leugnete, daß Blutslede in jenen Hofen waren. Als der Untersuchungsrichter auf Flede in denjenigen Hofen hinwies, welche B. in der Untersuchungsphase trug, meinte V.: wenn dies Blutslede wären, so läme dies haben, daß er sich einmal im Laufe des Sommers in die Hand geschnitten hätte.“ Die damalige Geliebte des G., unverschleihte Kaps, jetzt verheiratete Knopich, sagt aus, daß G. am 12. September — dem Tage nach der Tödtung ihres unehelichen Kindes — früh zwischen 6 und 7 Uhr in ihre Wohnung kam, sich reine Wäsche ausbat und es sehr eilig hatte, weil „ein College unten auf ihn wartete.“

Die Prostituirten Mathilde Meyer und Susanna Niesling wohnten in 1877 bei Vaters. Sie bestätigen, daß B. in jener Zeit einen verschossenen Arbeitsantrag trug.

Führer Kreisler (Schwager des Angeklagten B.) will die fraglichen Sachen (Hofen und Jacquet) schon vor September 1877 erhalten haben.

Criminal-Commissarius Gärtner ist mit einem großen Theile der polizeilichen Recherchen in den vorliegenden Mordfällen betraut worden. Aus seiner sehr klar gehaltenen Aussage erwähnen wir nur die Angaben betreffs des Gräbner'schen Locals.

Vorl.: Ihnen ist — das Gräbner'sche Schanklocal bekannt? Zeuge: Sehr genau bekannt. — Vorl.: Ich erinnere mich, daß jenes Local schon früher hier erwähnt wurde, als nämlich im vorigen Jahre eine ganze Anzahl von Spitzbuben durch das Schwurgericht verurtheilt, Gräbner aber, der damals wegen Hehlerei Angeklagte, wegen mangelnder Beweise freigesprochen wurde. Findet also dort ein Verkehr von Leuten, die öfter bestraft worden sind, statt? — Zeuge: Ja. Unter Anderem verkehrte dort der Diebstahl bestrafte Dachdecker Köthe, dann ein schon wegen mehrerer Diebstähle bestraffter Uhrmacherlehrling. Lohnbirnen fanden sich zu jeder Tageszeit im Gräbner'schen Local; von den in letzter Zeit aus jenem Local vertriebenen Lohnbirnen nenne ich nur die unverschleihte Zimmer; auch den Ladner Hierod haben wir von dort abgeholt. Kurzum ich kann nachweisen, daß das Gräbner'sche Local eines der verrufensten in ganz Breslau ist, doch wird wohl schon Herr Revier-Commissarius Schwenz für diese meine Behauptung genauere Beweise anführen können.

Frau Restaurateur Gräbner, geb. Ring, giebt ihr Alter auf 33 Jahre an. Bei ihrem Eintreten grüßt sie durch Verbeugung und Kopfnicken den Angeklagten Vater. Sie bringt in einem Athemzuge alles das vor, was sie sich für diese Verhandlung zurechtgelegt zu haben scheint. Nur der größten Energie des Vorsitzenden gelingt es, ihren Redefluß einzubändigen und sie zur Beantwortung einzelner Fragen zu nöthigen. Mein Local befindet sich seit Jahren verlängerte Hirschstraße Nr. 60, sagt sie auf die Frage des Vorsitzenden, jedem ihrer Worte durch Kopfnicken eine Art Nachdruck verleihend. Vater lerne ich sehr gut, Kaiser gar nicht, Gmiele lerne ich auch. Letzterer verkehrte oft, wenn auch nur auf kurze Zeit, bei mir, Vater war Tag für Tag da, es ist kein Tag vorgekommen, an welchem er nicht in meinem Locale gewesen ist. G. hat nicht eine Stunde bei mir übernachtet. (Gelächter.) Er wollte allerdings einmal auf der Bank schlafen, doch habe ich es nicht gebuldet. Ich wußte, daß G. wegen Mord gesucht wird. Mein Mann hatte es gelesen. Am 21. September war Commissarius Gärtner etwa ¼ Stunden von uns fort, da kam G. Es war Abends gegen 7 Uhr. Mein Mann sagte: Der Kerl bringt das ganze Local in Verwirrung, ich lasse ihn heute noch empfernen, Weib, Du mußt nach der Polizei gehen. Ich suchte meinen Mann zu beruhigen und nahm mir meinen Cigarrenmacher (Kupke) mit. Den Commissarius hat ich, kommen Sie mit, der G. ist da, aber nur wieder auf dem Sprunge. Er hat einen Revolver in der rechten Rocktasche, nehmen Sie sich in Acht.“ Ich eilte dann zurück, weil ich Angst hatte, es könnte was passirt sein. Nach ¼ Stunden

kam die Polizei. G. war eben fortgegangen. Doch mein Mann ihm nach und plauderte an der Thür mit G. Da wurde G. gefaßt. — Am 11. September war „Vater Robert“ von 10 bis 2 Uhr bei mir, dann sagte er, „meine Alte hat heute den Geburtstag, da muß sie was abladen“ und ging. Am 12. September war er auch bei mir. Welche Stunden, das weiß ich nicht. Fröh vor 8 Uhr ist er nie dagewesen. — Am 21. September (dem Tage der Verhaftung) war „Vater Robert“, da als G. kam. „G. sie suchen Dich, mach daß Du fortkommst“, sagte er, „Du sollst einen Mord begangen haben, es steht in der Zeitung.“ G. fragte aufgebracht: „Was, ich soll wegen Mord gesucht werden, Frau Gräbner, wo ist die Zeitung, ich gehe aber morgen früh zur Polizei, wie kann mich die in die Zeitung setzen?“ Mein Mann gab G. Schnaps und saure Gurken, um ihn nur zum Da-bleiben zu bewegen. — G. und Vater haben nie mit einander verkehrt, sich nur begrüßt. G. benahm sich bei mir immer wie ein anständiger Herr. (Heiterkeit.) — Das Jaquet, welches Vater an hat, trug er damals schon lange nicht mehr.

Frau Muggala (Schwester der Frau Fiehe) wohnte im Jahre 1877 mit Vaters auf einem und demselben Flur zusammen. Darin suchte die Anklage ihre Unterstüzung für die Annahme, daß Vater um die Anwesenheit, die Verhältnisse und die Abreise des alten Fiehe wußte. Die Zeugin verkehrte jedoch nicht mit ihrer Schwester, stand auch zu Vaters in keiner näheren Verbindung und wußte überdies selbst nichts über die Abreise des alten Fiehe. — Kurz nachdem die Verhaftung des G. in der Zeitung gestanden, sprach die Zeugin zufällig mit den Vaters'schen Geheulanten und erwähnte hierbei: „Der Wörder des Fiehe, der G., ist ja verhaftet.“ „Ja, ja“, sagte Vater, der vollständig gleichgültig blieb, „ich habe ihn ja verhaftet lassen.“ Darauf erzählte er die Hafnahme ausführlich.

Vorl.: Angeklagter Vater, Sie haben doch gehört, daß Sie die Verhaftung nicht bloß nicht bewirkten, sondern sogar den G. am Abend der Verhaftung warteten.

Angeklagter V.: Ach, das war ja das erste Mal, Ende August. Am 21. September habe ich noch mit ihm Schach gespielt, um ihn festzubalten.

Revier-Polizei-Commissarius Schwenz hat befanntlich gemeinschaftlich mit dem Schutzmann Otte die Verhaftung des G. bewirkt. Vielfache Erkundigungen stellten fest, daß G., der wegen des Hamann'schen Falls gesucht wurde, sich in Breslau in den obcursten Kneipen herumtreibe, auch in den letzten Tagen mehrfach auf kurze Zeit im Gräbner'schen Local gewesen sei.

Es wurden Patronillen angeordnet. — Am betreffenden Abend gegen 8 Uhr rief mich eine Frau aus meiner Wohnung und benachrichtigte mich, daß G. bei Gräbner's sei. Er habe einen scharfgeladenen Revolver bei sich. Das wußten wir auch schon anderweit und hatten unsere Anstalten darnach getroffen. Schnell suchte ich mir den in der Nähe wohnhaften Schutzmann Otte auf und gingen wir nun nach dem Gräbner'schen Local. G. sollte eben fortgegangen sein. Unweit der Haus Thür einer Straßenerlaterne sah ich zwei Männer stehen. Den einen davon kannte ich, es war Gräbner. Der zweite mußte G. sein, das Signalment war mir bekannt. Ich faßte ihn an beiden Armen. „Sie sind Gmiele, Sie sind verhaftet.“ G. zuckte convulsivisch. Schutzmann Otte suchte, während ich G. festhielt, nach dem Revolver. Er fand ihn und nahm denselben an sich. Schnell gingen wir nun mit G. nach dem Polizei-Gefängniß. Jeder hielt einen Arm fest.

Vorl.: War der Revolver geladen und haben Sie die Kugeln aus demselben gezogen?

Zeuge (fortfahrend): In allen sechs Läusen geladen. Die Kugeln sind erst später auf dem Polizei-Präsidium herausgezogen worden.

Vorl.: Widerstehe sich G. nicht oder suchte sich zu befreien?

Zeuge: Nein. Doch zweimal, auf der Dom- und auf der Sandbrücke erfuhr er mich, wir sollten ihn doch nicht gar so festhalten, er möchte einmal das Taschentuch herausnehmen. Ich erlaube es nicht und bemerkte später, daß das sehr gut war, denn augenscheinlich wollte er nur die von den Morden herrührenden kleineren Gegenständen, Notizbuch, Dose u. ins Wasser werfen.

Vorl.: Was ist Ihnen in Betreff des Verkehrs in der Gräbner'schen Restauration bekannt?

Zeuge: Es ist eine der obscursten Kneipen, die ich und jeder andere Beamte in Breslau kenne. Spitzbuben, Hehler, Vagabunden, Schläger, Huren, überhaupt läderliches Gesindel sind dort die ständigen Gäste. Nur ausnahmsweise verirrt sich ein anständiger Mensch dorthin und ich kann nur Jedem, dem irgendwie an seiner Sicherheit und seinen gesunden Gliedmaßen gelegen ist, dringend raten, sich nicht dorthin zu begeben. Erst vor 14 Tagen ist wieder Einer dorthin „ge-looht“ worden, den sie dann fürchterlich geprügelt haben.

Der Herr Staatsanwalt stellt den Antrag, betreffs der Ermittlungen bei der Blase, sowie über die damalige Kleidung des Vaters und endlich wegen des Gräbner'schen Locals auch noch den Criminal-Secretär von Nädern zu vernehmen. Die Vernehmung wird beschloßen.

Criminal-Secretär von Nädern erhielt unterm 16. Januar 1878 in Folge der Gmiele'schen Angaben das Commissorium zur Ermittlung der Zeugen. Wir haben schon früher gesagt, wie gut ihm das gelungen ist. Hier handelt es sich nur um die Hauptbelastungszeugin Blase. Dieselbe diente zur angegebenen Zeit bei einem Schneidermeister in der Altbäherstraße. Von Nädern hatte vorher den Vater, welchen er seit sechs Jahren genau kennt, nach Neumarkt eingeliefert. Er frug die Blase, ob sie sich zufällig erinnern könne, daß im September 1877 ein Denzler in dessen Heller arbeitete. Die Zeugin antwortete mit „Ja.“ Auf die weitere Frage, „ob zwei Herren dort eintraten u.“, wurde die Zeugin sofort lebhaft und erzählte Alles das, was wir schon früher mitgetheilt haben.

Vorl.: Sie haben der Zeugin nicht die Person des Vaters beschrieben und sie dann etwa gefragt, ob der dabei gewesen sei.

Zeuge: Nein, das thue ich überhaupt nie, sondern ich lasse mir die Person beschreiben. Nachdem dies die Blase gethan, war für mich kein Zweifel mehr, daß Vater die beschriebene Person sei. — Den Vater habe ich sehr oft gesehen und weiß bestimmt, daß er noch im Sommer 1877 diesen verschlossenen Anzug trug. (Vater spricht unverständlich dazwischen, auch Gräbner und Ehefrau werden sehr lebhaft.) v. Nädern (fährt fort): Ich kannte doch den V. als notorischen Spitzbuben, wußte, daß er fortwährend mit Spitzbuben im Verkehr stand und solche Leute werden von unserer Seite immer beobachtet.

Angekl. Vater: Herr Präsident, ich bitte ums Wort. (Wird ertheilt.) Herr v. Nädern behauptet, ich habe fortwährend gestohlen. Es wäre doch aber schlimm, wenn die Criminal-Polizei unsreinen fortwährend beobachtet und seit 1866 nicht beim Diebstahl ertwischt konnte. (Große Heiterkeit im Auditorium.) v. Nädern nennt das Gräbner'sche Local nur eine Herberge für Spitzbuben und lieberliches Gesindel. Im Begriff, auf den Einwurf des B. zu antworten, wird er plötzlich durch große Unruhe unterbrochen. Ein Zeuge hat die Krämpfe bekommen und muß aus dem Saale geschafft werden. Im Saale herrscht eine übermäßige Hitze. Der Vorsitzende ordnet deshalb eine halbstündige Pause an. — (Sonabend beginnen die Klaidoyers und dürfte der Spruch der Geschworenen etwa Nachmittag 4 Uhr gefällt werden.)

Handel, Industrie u.

4 Breslau, 14. Febr. [Von der Börse.] Die Börse verkehrte in schwankender Haltung. Das Geschäft war zu Beginn ziemlich belebt, namentlich für Eisenbahnactien, welche auch im Course anogen. Creditactien schwanken zwischen 398,50 und 397. Oesterreichische Renten behauptet. Valuten etwas niedriger.

Breslau, 14. Februar. [Amtlicher Producten-Börsen-Bericht.] Roggen (pr. 100 Kilogr.) geschäftslos, get. — Str., Kündigungscheine — pr. Februar 110 Mark Gd., Februar-März 110 Mark Gd., März-April —, April-Mai 113,50 Mark Gd., Mai-Juni 115 Mark Gd., Juni-Juli 117 Br. Weizen (pr. 1000 Kilogr.) get. — Str., per. lauf. Monat 160 Mark Br. Gerste (pr. 1000 Kilogr.) get. — Str., pr. lauf. Monat —. Hafer (pr. 1000 Kilogr.) get. — Str., per. lauf. Monat 103 Mark Br., April-Mai 105,50 Mark bezahlt, Mai-Juni —, Juli-August —. Raps (pr. 1000 Kilogr.) get. — Str., pr. lauf. Monat 250 Mark Br. Rüböl (pr. 100 Kilogr.) fett, get. — Str., loco 59 Mark Br., pr. Februar 57 Mark Br., Februar-März 57 Mark Br., März-April 57 Br., April-Mai 57 Mark Br., 56,75 Mark bezahlt, Mai-Juni 57,50 Mark Br., September-October 59 Mark Br. Spiritus (pr. 100 Liter à 100 %) rubig, get. — Eiter, pr. Februar 48,10 Mark Gd., Februar-März 48,10 Mark Gd., April-Mai 49,20 Mark Gd., 49,30 Mark Br., Mai-Juni —, Juni-Juli —, Juli-August —, August-September 52 Mark Gd. Zink ohne Umsatz. Kündigungspreise für den 15. Februar. Roggen 110, 00 Mark, Weizen 160, 00, Gerste —, Hafer 103, 00, Raps 250, 00, Rüböl 57, 00, Spiritus 48, 10.

Breslau, 14. Februar. Preise der Cerealien.

Festsetzung der städtischen Markt-Deputation pro 200 Zollpfd. = 100 Mgr.

	schwere		mittlere		leichte Waare	
	höchster	niedrigst.	höchster	niedrigst.	höchster	niedrigst.
Weizen, weißer	15 30	14 80	16 80	16 —	13 80	13 00
Weizen, gelber	14 50	14 10	16 10	15 40	13 50	12 50
Roggen	11 80	11 40	11 00	10 60	10 50	10 00
Gerste	14 30	12 40	12 00	11 60	11 29	10 70
Hafer	12 00	10 80	10 50	10 10	9 80	9 20
Erbsen	15 10	14 50	14 00	13 40	13 00	11 40

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Commission zur Feststellung der Marktpreise von Raps und Rüben.

Pro 200 Zollpfd. = 100 Kilogramm.

	feine		mittele		ord. Waare.	
	pr.	pr.	pr.	pr.	pr.	pr.
Raps	24	25	23	—	21	50
Winter-Rüben	23	25	22	50	20	—
Sommer-Rüben	23	25	21	—	19	—
Dotter	19	—	17	—	15	—
Schlaglein	25	—	23	—	21	—
Saflor	18	—	16	—	15	—

Kartoffeln, per Saß (zwei Reuschffel à 75 Pfd. Brutto = 75 Kilogr.) beste 2,50—2,80 Mark, geringere 2,00 Mark, per Reuschffel (75 Pfd. Brutto) beste 1,25—1,40 Mark, geringere 1,00 Mark, per 5 Liter 0,20—0,25 Mark.

T. Breslau, 14. Februar. [Erster Breslauer internationaler Saatkorn- und Ausstellung des Breslauer landwirtschaftlichen Vereins.] Der Breslauer landwirtschaftliche Verein, selbst außerhalb unserer Provinz durch seine enorme Thätigkeit rühmlichst bekannt, hat auch diesen Saatkorn ins Leben gerufen und damit eine fühlbare Lücke, nicht nur in landwirtschaftlicher, sondern auch in kaufmännischer Beziehung ausgefüllt. Der Saatkorn soll den Vereinigungspunkt zwischen dem Producenten und Consumenten bilden, zugleich aber auch dem Landwirth Gelegenheit bieten, die landwirtschaftlichen Erzeugnisse der verschiedenen Kreise nicht nur unserer Provinz, sondern auch des weiter gelegenen In- und Auslandes durch eigene Anschauung kennen zu lernen, ferner die Resultate der mannigfachen Bodenverhältnisse und ihren Einfluß auf die verschiedenen Culturpflanzen sich eigen zu machen. An diesem Tage wird ihm ferner Gelegenheit geboten, sich die passendsten Sämereien für seine Ackerverhältnisse auszuwählen und sich über den Anbau und die Ertragsfähigkeit genau zu informieren und seine eigenen Producte direct an den Mann zu bringen. Die Idee, von der der landwirtschaftliche Verein zu Breslau ausgegangen ist, war mithin eine sehr zeitgemäße und mußte nicht nur von den Landwirthen Schlesiens, sondern auch von dem handelstreibenden Publikum weit höher unterstüzt werden, umfomehr, als von Seiten des bezeichneten Vereins die Kosten gedeckt wurden und zu diesem Behufe 900 Mark bewilligt worden sind. Leider findet etwas Neues selten befriedigenden Eingang, so auch hier. Der Markt war wegen geringer Befähigung bis zur letzten landwirtschaftlichen Vereins-Sitzung noch in Frage gestellt, aber doch beschloß man, ihn abzuhalten, da man immer noch auf regeren Zuspruch hoffte. Im Ganzen waren 75 Anmeldungen erfolgt und zwar 60 mit landwirtschaftlichen Sämereien, 2 mit forstwirtschaftlichen Sämereien und 13 mit Düngemitteln. Zu dem Ausstellungslocal hatte man den Liebich'schen Saal auf der Gartenstraße gewählt und ist unserer Ansicht nach diese Wahl keine glückliche gewesen. Der Saal hat selbst bei hellen Tagen schlechtes Licht; Oberlicht, das unumgänglich notwendig zur Beurtheilung von Sämereien ist, fehlt ihm gänzlich — und an dem trüben, nebeligen Februartage mußten Gastronen angezündet werden, um die mangelhafte Tagesbeleuchtung zu verholständigen. Wir glauben, für die Zukunft zur Abhaltung des Saatkornes die neue Getreidehalle auf dem Christophoriplatz empfehlen zu können, die in dieser Beziehung allen Anforderungen entspricht. Natürlich würde alsdann erst der Markt um 11 Uhr beginnen können, aber auch die kürzere Zeit dürfte ausreichen, da dergleichen Kauf- und Verkaufsgeschäfte kaum nach Stunden zu bemessen sind.

Wie bereits erwähnt, war weder die Belheiligung, noch der Besuch ein sehr reger und hatten die Breslauer Händler, wie die Herren Dsm. Häbner, Paul Reimann, Scholz u. Schnabel, die bedeutendsten Collectionen am Plage. Alle ausgestellten Objecte waren von vorzüglichster Güte, und behielten wir die Besprechung der einzelnen Ausstellungen für einen Special-Bericht vor, damit auch nicht Belheiligte sich wenigstens von der Belheiligkeit des Saatkornes überzeugen können.

Der Geschäftsumsatz, namentlich in Klee, Grassämereien, Luzerne und Rübenamen war nicht unbedeutend, dagegen waren die Befellungen auf künstliche Düngemittel nicht von besonderem Belang. Die ungünstigen Getreide-Conjuncturen tragen bei dem geringeren künstlichen Düngemittel die meiste Schuld, da jeder Landwirth gesungen ist, seine Ausgaben auf das Aeußerste zu beschränken und nur das Unentbehrliche kauft. — Von wirklichen Novitäten auf dem Gebiete unserer Culturpflanzen ist nur eine Species und zwar die Soja-Bohne zu erwähnen, die allerdings noch sehr wenig in landwirtschaftlichen Kreisen bekannt ist, trotzdem dieselbe Welt-pflanze zu werden verspricht. Die Soja-Bohne war von dem Dominium Klein-Dinz bei Breslau durch den Inspector Scholz, der dieselbe anbaut, ausgestellt und wurde selbige mit 4 M. pro ½ Kilogr. verkauft. Der Erlös für die Bohne ist von dem Besitzer des Gutes für den neu zu gründenden Fonds zur Unterstüzung von mittellosen landwirtschaftlichen Beamten Kindern bestimmt. Im Interesse der Landwirthe wollen wir eine kurze Beschreibung des Ursprunges, der Verbreitung und des großen Nutzen der Soja-Bohne (Soja hispida Mönch) folgen lassen.

Das Heimathland der Soja-Bohne ist Asien, speciell China, Japan, die Mongolei u., sie gehört zu dem Geschlecht der Papilionaceen und übertrifft an Nährwerth und Wohlgeschmack alle uns bekannten Leguminosen, dabei paßt sie sich an die verschiedensten Boden und klimatischen Verhältnisse an. Im Jahre 1875 wurden im Versuchsgarten der Hochschule für Bodencultur zu Wien die ersten Soja-Bohnen ausgelegt und heut sehen bereits Tausende von Landwirthen, namentlich in den österreichischen Kronländern die Anbauversuche mit glücklichem Erfolg weiter fort. Die nördliche Verbreitungsgrenze geht nach constatirten Thatsachen noch über jene des Weizens hinaus, die Widerstandsfähigkeit gegenüber geringen Frostgraden ist geradezu überraschend, eben so leicht widersteht sie großer und anhaltender Trockenheit und besitzt eine nie verjagende Fruchtbarkeit, wie solche keine zweite uns bekannte Culturpflanze auch nur annähernd aufzuweisen vermag. Die Soja-Bohne gedeiht ähnlich wie die Lupine noch auf losem, stickstoffarmen Sandboden und producirt auch hier noch reiche Samenstränge mit hohem Stickstoffgehalt. Nach mehrfach angefertigten Analysen enthält die Soja-Bohne 38,54 Procent Protein, 20,53 Procent Fett, 24,61 Procent stickstofffreie Extractivstoffe, 5,13 pCt. Rohsafer, 6,69 pCt. Wasser und 4,50 pCt. Asche. Die Bohne wird Anfang Mai gelegt und erfolgt die Ernte ungefähr Mitte September. Da die Pflanze bedeutende Schößlinge treibt, muß sie sehr weitausläufig gefaßt oder gelegt werden und wird der gelbsamigen frühen Sojabohne der Vorzug gegeben. Unserer Ansicht ist dieselbe als Vorfrucht am besten zu verwenden, da sie den Boden bereichert, denselben durch den Blätterreichtum nicht nur beschattet, sondern auch lodert und kein Unkraut aufkommen läßt. Auch das Stroh, das von Kindiech wie Schafen eben so gern wie Klee oder Luzernenheu gefressen wird, hat einen ausgezeichneten Nährwerth, der fast von keiner anderen Futterpflanze erreicht wird. Das Stroh enthält Proteinstoffe 9,43 pCt., stickstofffreie Extractivstoffe 36,03 pCt., Rohsafer 29 pCt., Fett 2,51 pCt., Feuchtigkeit 12 pCt. und Asche 10,14 pCt. — Wir glauben, daß durch die Sojabohne mit der Zeit die Lupine wieder ganz verdrängt werden wird, und daß auch die Schafzucht dadurch in Schlesien wieder zur Blüthe gelangen dürfte. Möge jeder Landwirth comparative Versuche mit dieser wunderbaren Pflanze machen, die Erfolge werden nicht ausbleiben. Der erste Saatkorn hätte reichliche Früchte getragen, wenn durch ihn die deutschen Landwirthe auf die wichtige Bohne aufmerksam gemacht würden.

5 Breslau, 14. Februar. [Submission auf Granitsteine.] Bei einer gestern in Berlin stattgefundenen Submission auf ca. 2230 Quadrmeter Granitplatten und ca. 200 Meter Granitwürfeln. Für Vahnhof Rummelsburg stellten sich die Offerten von schlesischem Granit als die billigsten heraus. Die ganze Lieferung boten an: Krämder Feidler in Berlin für 14,162,35 M. frei Striegau; Wilhelm Kramer in Zauer für 27,638,70 M. frei Liegnitz; Friedrich in Berlin für 16,355,50 M. frei Görlitz, Paul Bach in Berlin für 26,842,24 M. frei Liegnitz, Straßburger in Wauken für 16,265,40 M. frei Wauken, Vogel u. Müller in Dresden für 21,740,84 M. frei Bischofswerda und Camenz in Sachsen, F. W. Otte in Berlin für 18,319,06 M. frei Striegau, D. Meising in Berlin für 17,593,45 M. frei Gr.-Rosen, Carl Sparmann u. Co. in Hällich für 20,036 M. frei Camenz, Wasinski u. Brüggemann in Görlitz für 16,684,54 M. frei Görlitz

und Striegau, Carl Körner in Berlin zu 24,698 M. frei Striegau, Albrecht Herzog in Landsberg a. W. zu 14,861,76 M. frei Striegau, C. Kulmiz in Berlin zu 20,634 M. frei Liegnitz.

Breslauer Disconto-Bank Friedenthal & Co. Ueber die letzte Sitzung des Aufsichtsrathes ist uns kein directer Bericht zugegangen. Wohl aber finden wir im „B. B. C.“ folgende Mittheilungen: Der Aufsichtsrath hat am letzten Sonnabend Sitzung gehalten, in welcher Herr Banquier Gideon von Wallenberg-Padaly an Stelle des Herrn Commerzienraths Heinrich Heimann, welcher bekanntlich sein Amt vor längerer Zeit niedergelegt hatte, zum Vorsitzenden des Aufsichtsrathes gewählt wurde. In derselben Sitzung wurde die von dem früheren Mitgliede des Aufsichtsrathes, Banquier Moritz Potocky-Nellen, gegen die Bank, den Geschäftsinhaber Commerzienrath Friedenthal und gegen die in der letzten Generalversammlung gewählten vier Mitglieder des Aufsichtsrathes gerichtete Klage auf Ungültigkeitserklärung der Wahlen zur Kenntniss der Mitglieder gebracht. Es kam namentlich zur Sprache, daß die beiden Geschäftsinhaber sich widersprechende Informationen an den mit Führung des Prozesses betrauten Anwalt gegeben hätten; nach heftigen Debatten wurde diese Angelegenheit vertagt. Dasselbe Schicksal erfuhr die weiter auf der Tagesordnung stehende Angelegenheit, betreffend den Protest eines Breslauer Anwalts, betreffend die Verweigerung der Eintragung von Actien. Jener Protest wurde verlesen, eine Beschlusfassung aber bis auf die nächste Sitzung vertagt. Gleichzeitig erklärte Herr Banquier Edmund Oppenheim seinen Austritt aus dem Aufsichtsrathe und die Herren Mittelgutsbesitzer Julius Schottländer und General-Director Wiebe erklärten ebenfalls, ausscheiden zu wollen, falls bis zur nächsten Sitzung, welche auf Sonnabend, den 15. d. Mts. angesetzt ist, nicht alle Differenzen zwischen den beiden Geschäftsinhabern beglichen sein sollten. — Man schreibt dem „B. B. C.“ ferner aus Breslau, daß die Verweigerung der Eintragung, welche statutenmäßig erforderlich ist, in keinerlei Zusammenhang mit dem Prozesse steht, welchen ein früheres Mitglied des Aufsichtsrathes gegen die Bank angehängt hat. In jenem Prozesse wird behauptet und zu beweisen versucht, daß in der vorigen Generalversammlung auf Grund incorrecter Eintragungen in's Actienbuch eine ganze Anzahl von Strohmannern anwesend gewesen sei und mitgestimmt habe; heute aber reichen angesehene Firmeninhaber, u. A. ein Breslauer erstes Bankinstitut, wirkliche Commanditisten ihre Actien behufs Eintragung ein und werden zurückgewiesen, indem der Nachweis der Eigenthumsabtretung seitens des jetzt eingetragenen Anteilhabers und der Eigenthumsübernahme des derzeitigen Inhabers gefordert wird. Diese Forderung zu erfüllen, ist in den allermeisten Fällen absolut unmöglich, was Jeder, der mit dem Geschäftsbetrieb an der Börse nur halbwegs vertraut ist, leicht begreift. Es liegt auf der Hand, daß diejenigen Actionäre, welchen der Eintritt in die Generalversammlung durch die willkürliche Maßregel der Verwaltung verweigert wird, gegen jeden Beschluß, also gegen Decharge-Ertheilung, Dividenden-Festsetzung und etwaige Wahlen protestiren werden.

Briefkasten der Expedition.

Mehrere Abonnenten in Briesg: Wir verweisen Sie auf die Briefkasten-Notiz in der gestrigen Morgen-Nummer (Nr. 75); gleichzeitig haben wir bei dortigem Post-Amt Rückfrage gehalten.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Berlin, 14. Febr. Abgeordnetenhause. Fortsetzung der Berathung des Generalberichts der Budgetcommission. Richter (Hagen) tritt jetzt weiter die gestrigen Ausführungen des Ministers, sowie die Darlegungen Lasfers. Der Regierungscommissar Grafredt erörtert die Berechnung der Commission hinsichtlich der Rentabilität der Staatsbahnen. Die Behauptung, daß der Staat bei Durchführung des Staatsbahnsystems sich mit einer Schuld von sechs Milliarden belasten würde, sei völlig unklar. Denn die von den Privatbahnen gemachten Anleihen würden durch den Ankauf der Bahnen nicht Staatsanleihen werden, sondern Gesellschaftsanleihen bleiben. Hammerstein zieht den Antrag zurück, welcher ausspricht, daß eine gedeihliche Entwicklung des Eisenbahnwesens nur möglich sei durch die Ausdehnung des Staatsbahnsystems. Richter (Hagen) erklärt: um zu constatiren wie groß die Zahl der Anhänger der Maybach'schen Politik sei, nehme er den Antrag Hammerstein wieder auf. Luchius, Rauchaupf und Hammerstein erklären indeß, nachdem der Antrag Hammerstein durch Zurückziehung erledigt sei, würden sie gegen den von Richter aufgenommenen Antrag stimmen. Bei der Abstimmung wird zunächst der Antrag Richter (Hagen) (der frühere Antrag Hammerstein) mit allen Stimmen gegen Eine abgelehnt. Dann wird der Antrag Lasfer gegen die Stimmen der Nationalliberalen abgelehnt. Hierauf wird der Commissionsantrag ad 1 (Siftrung der Vollbahnen) bei der itio in partes mit 179 gegen 174 Stimmen abgelehnt, dagegen die Commissionsanträge ad 2 und 3 (Secundärbahnen) angenommen. Es folgen die Anträge der Budgetcommission ad 4 und 5 (Steuerquotifirung und Herabminderung der Klassen- und klassificirten Einkommensteuer betreffend) mit den zugehörigen Amendements. Richter vertheidigt die Commissionsanträge, 12 Redner sind gegen, 17 für die Vorlage. Finanzminister Hobredt bemerkt zur Eisenbahnfrage nachträglich, daß er durchaus für das Staatsbahnsystem sei, die Ausführungen des Handelsministers vollkommen theile und die Bedenken dagegen für unerheblich halte. Bezüglich der Quotifirungsfrage könne er die Wichtigkeit der Gründe der Commission nicht verkennen, doch möchte er die Beschränkung des Staates nicht zu sehr ausgedehnt wissen. Man dürfe die Beweglichkeit der Einnahmen für den Staat nur bis zu einem gewissen Punkte erhalten. Auch das Interesse der Steuerzahler lege gewisse Bedenken auf; eine bestimmte Erklärung abzugeben habe die Staatsregierung keine Veranlassung. Wir können überhaupt keine Aenderung vornehmen ohne eine vorhergehende Reform der directen Steuern. Ich habe in der Commission freilich nur für meine Person erklärt, wie weit ich zu gehen bereit sei. Heute bin ich durch die Allerhöchste Ermächtigung des Königs in der Lage zu erklären, daß, soweit durch die Steuerreform die Reichsmatriculbeiträge Preussens unter die in dem Haushaltsetat für 1879/80 vorgesehenen Beträge sinken oder aus den Reichseinnahmen verfügbare Mittel dem preussischen Staatshaushalt überwiesen werden und über diese Mehr-Einnahmen resp. Ausgaben-Ersparnisse nicht mit Zustimmung der Landesvertretung behufs der Bedeckung der Staatsausgaben oder behufs Ueberweisung eines Theiles des Betrages der Grund- und Gebäudesteuer an die Communalverbände Verfügung getroffen ist, ein vorbehaltlich der nöthigen Abrundung gleicher Betrag an der für das betreffende Jahr normirten Klassen- und klassificirten Einkommensteuer zu erlassen ist (Beifall). Schließlich erklärt sich der Minister für den Antrag Rauchaupf, eventuell für den Commissionsantrag mit dem Amendement Lauenstein. Sedenfalls wünscht die Regierung die Annahme eines Antrages, welcher einmal die Verständigung in dieser Frage constatirt, andererseits ihren Erklärungen entspricht.

Lauenstein begründet seinen Zusatzantrag. Benda blaidet für die Commissionsanträge und bekämpft das Amendement Rauchaupf und den Antrag Winnigerode, der dahin geht, unter Verwerfung der Quotifirung über die Anträge der Commission zur Tagesordnung über zu gehen. Limburg-Siftrum spricht für den Antrag Rauchaupf. Hänel charakterisirt die constitutionelle Bedeutung des Quotifirungsrechts und acceptirt die Erklärungen Hobredts, aber ohne besonderes Dankgefühl, da sie nur zu der Frage wegen Herabminderung der Klassensteuer abgegeben seien; ferner erklärt er sich gegen den zweiten Theil des Commissionsantrags, da er nicht Verwendungszwecke im Voraus festsetzen wolle, bei Summen, die er nicht bewältigen könne. Winnigerode spricht für sein Amendement. Graf Bethusy-Huc erklärt sich für die Commissionsanträge. Hüme im Wesentlichen eben-

falls, ebenso Lasfer. Nach dem Resumé des Referenten wird der Antrag der Commission, betreffend die Quotifirung mit sehr großer Majorität angenommen. Ebenso der zweite Antrag mit den von Hüme und Lauenstein beantragten Abänderungen. Schließlich wird auch der letzte Antrag der Commission wegen frühzeitiger Verlegung des Reichstages angenommen. Die nächste Sitzung findet morgen statt.

Berlin, 14. Febr. Das Herrenhaus genehmigte bei nochmaliger Abstimmung das Wassergenossenschaftsgesetz in der gestern beschlossenen Fassung. Darauf erfolgte die Annahme der Gesetzentwürfe über die Zwangsvollstreckung in unbewegliches Vermögen und über die Aufnahme einer Anleihe für Verbesserung der märkischen Wasserstraßen sowie über Abänderung des Gesetzes betreffend die hannoversche Creditanstalt, und schließlich erledigte das Haus mehrere Petitionen.

Berlin, 14. Febr. Der „Reichsanzeiger“ meldet: Amlichen Nachrichten zufolge stellten die seitens des internationalen Gesundheitsrathes von Konstantinopel nach Sanikawa bei Hanthi entfalteten Netze fest, daß die von dort gemeldeten Erkrankungsfälle ausschließlich den Fleckentypus betreffen.

Karlsruhe, 14. Febr. Zweite Kammer. Der Staatsminister beantwortet die Interpellation wegen des Gesetzentwurfs über die Strafgewalt des Reichstages. Die Regelung sei notwendig. Ursprünglich war man der Ansicht, den Gegenstand der Initiative des Reichstages zu überlassen. Der principielle Einwand wurde jedoch fallen gelassen, nachdem das Unannehmliche aus dem Entwurfe entfernt worden war.

Leipzig, 14. Februar. Die vom Ministerium zur Untersuchung des Standes der Kohlengruben Dur-Diegg und der hiesigen Heilquellen abgeordneten Geologen Professor Laube und Bergath Wolff sprechen nach eingehender Prüfung aus, daß der gefundene Urquell in Stadtbade nicht verloren, vielmehr die baldige Aussicht auf Wiederherstellung der früheren Leistungsfähigkeit vorhanden sei. Der Wasserstand in den Kohlengruben Dur-Diegg ist noch im Steigen begriffen.

Paris, 14. Febr. Das „Journal officiel“ veröffentlicht folgende Note: Dggleich die Nachrichten, über das Ausfluchen, der Pest in der europäischen Türkei irrtümlich sind und augenblicklich keine Gefahr für Provenienzen aus der Levante zu befürchten ist, hat der Handelsminister dennoch als Vorsichtsmaßregel eine mindestens zweitägige Quarantaine in den Häfen des Mittelmeeres, Algier einbezogen, für alle Schiffe aus dem Schwarzem und Isonischen Meere angeordnet, selbst wenn die Gesundheitsatteste in Ordnung sind. Das „Journal des Debats“ verlangt, die Regierung solle die Verhandlungen mit England, Deutschland und der Schweiz wegen Abschluß neuer Handelsverträge wieder aufnehmen.

London, 14. Februar. Im Oberhause gaben Beaconsfield, im Unterhause Northcote identische Erklärungen ab, worin sie die Niederlage der britischen Truppen am Cap bedauern. Die Regierung sei entschlossen, die Scharte wieder auszuweihen. — Die Ausführung des Berliner Vertrages würde befriedigend fortgesetzt, die russischen Truppen begannen bereits die Räumung des besetzten Gebietes. Diefelbe würde voraussichtlich zur vertragmäßigen Zeit beendet sein. Die Regierung kaufte die Staatsdomänen in Cypren an und zahle dafür jährlich 5000 Pfd. Sterl.

Der Zweck der Expedition nach Afghanistan sei erreicht; der Schutz der Nord-Westgrenze und die Wahrung der Unabhängigkeit Afghanistans seien jetzt möglich. — Im Unterhause erklärte Northcote auf Anfrage Mures, die Regierung weigerte sich niemals, Truppenverstärkungen an das Cap zu senden, sobald sie verlangt wurden. Die britische Niederlage im Caplande sei keine aus Mangel an Energie entsprungene militärische Niederlage.

Es empfehle sich, das Urtheil über den Vorfalle bis zum Eingang der Details zu suspendiren. Die Bravour der Truppen war lobenswerth. Von den bezüglichen Schriftstücken wären einige bereits vorgelegt, die anderen würden kürzestens folgen. Die Beziehungen Englands zum Auslande könnten als befriedigend angesehen werden. Die Ausführung des Berliner Vertrages, welchen alle Mächte als die Basis eines dauerhaften Friedens ansehen müßten, nehme ihren regelmäßigen, sicheren Fortgang. Der russisch-türkische Vertrag sei unterzeichnet, derselbe habe die letzten Spuren des Vertrages von San Stefano beseitigt. Die russischen Truppen hätten bereits die Räumung des occupirten Gebietes begonnen.

Der Gebietsaustausch zwischen den Kriegführenden sei vollkommen durchgeführt, Podgorizza ohne jedes Blutvergießen übergeben worden. Die Occupation Bosniens und der Herzegowina sei ausgeführt. Beide Provinzen seien vollkommen ruhig. Die Pacifirung Kretas sei vervollständigt. Unterhandlungen betreffs der Regulirung der griechischen Grenze hätten dem Berliner Vertrage gemäß begonnen. Auf weitere Bemerkungen erklärte Northcote, die Regierung beabsichtige nicht, ein Specialbudget für Cypren vorzulegen; sie wünsche sehnlich die baldige Ordnung der Gerichtsverwaltung Cyprens.

Bezugs Dstrumelens sei vorgeschlagen worden, nach Abzug der russischen Truppen eine anderweite Besetzung vorzunehmen. Desterreich und England billigten im Allgemeinen diese Idee, die übrigen Mächte verhielten sich indifferent. Die Angelegenheit gelangte nicht über den auf dem Berliner Congreß erreichten Punkt hinaus. Betreffs der Kosten des Afghanenkrieges habe die indische Regierung vorgeschlagen, England solle auf eine Reihe von Jahren 2 Millionen Pfd. Sterl. zinsfrei vorstrecken. Nalan beantragte eine Resolution, welche ein Irdischesvotum gegen die Regierung ausspricht, weil sie bezüglich der irischen Verhältnisse keinerlei Mittheilungen gemacht habe.

Lawther vertheidigte die Regierung betreffs Irlands. Die Unversitätsfrage könne nur behandelt werden, wenn die Regierung mit einiger Sicherheit darauf rechnen könne, daß die Bill durchgehen werde, bisher sei keine Ansicht, die Bill betreffs der Bodenbesitzfrage in Irland durchzuführen. Harlington glaubt, die Irländer hätten allerdings Grund zu mancher Beschwerde, es empfehle sich jedoch, den Antrag Nolan's zurückzuziehen. Schließlich wird der Antrag mit 72 gegen 25 Stimmen abgelehnt.

Im Oberhause wies Beaconsfield den Vorwurf zurück, daß der Sultan nicht aufrichtig und zur Durchführung der Reformen unfähig sei. Die Reformen seien bereits durchgeführt. Ueber weitere Arrangements würde verhandelt. Alle Staats-Domänen Cyprens, ausgenommen die Privatbesitzungen des Sultans, seien im Besitze der britischen Regierung. Die Einkünfte Cyprens im ersten Verwaltungsjahre würden nicht nur die Kosten der Civilverwaltung decken, sondern noch einen bleibenden Ueberschuß erzielen.

Beaconsfield sprach sich lobend über die Energie und das Geschick Layards aus, er bedauerte, daß er in Folge der Anstrengungen leidend sei und einen kurzen Urlaub nehmen müsse. Er hoffe die baldige Abnahme des Nothstandes in England. Unter den angekündigten Vorlagen sind Entwürfe, betreffend die Militär-Disciplin, die Strafs-Proceßordnung, das Bankgesetz, das Bankerottgesetz und das Geschäfts-Verwaltungs-gesetz. (Wiederholt.)

Petersburg, 14. Febr. Boris-Melikoff telegraphirt an den Minister des Innern: Komarizin, 12. Februar. Der Gouverneur von

Astrachan meldet unterm 12. Februar: In dem innerhalb des Quarantänekreises gelegenen Dorf Kamennyar sind zwei Todesfälle vorgekommen. An den übrigen Punkten giebt es weder Tode noch Erkrankte. Zur Feststellung der Krankheitsart in Kamennyar ist sofort ein Arzt gesandt, welcher nöthigenfalls die Isolirung der Kranken von den Gesunden bewerkstelligen, und die erforderlichen Maßregeln für das ganze Dorf treffen soll. Nach vollständiger Ausführung der beschriebenen Maßregeln zur Sicherstellung des Eisenbahnverkehrs, Fischhandels und der Transporte reise ich sofort nach Astrachan. Hier herrscht schon den dritten Tag Thauwetter, hierdurch überall Schmutz. — Der Zustand des Professor Jacoby hat sich verschlimmert.

Bukarest, 14. Febr. Die Commission des Senats zur Berathung der Anträge auf Revision der Verfassung nahm mit allen gegen Börescu's Stimme den Entwurf, einschließend des bezüglichen Artikels 7 der Verfassung an. Hierauf hat die Berathung in den Sectionen begonnen. Börescu legte einen Gesetzentwurf, Betreffs der Revision mehrerer Verfassungsartikel, darunter des Artikels 7 vor. Die öffentliche Sitzung des Senats setzte die Berathung über den von der Kammer bereits votirten Organisationsentwurf für das Ministerium des Aeußern fort und strich die beantragten Gesandtschaften in Brüssel und Bern.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Wien, 14. Febr. Die „Presse“ meldet: Der Generalrath der österreichisch-ungarischen Bank beschloß behufs Entlastung des Silberschatzes erstens, der Regierung zur Einziehung von Einguldenstaatsnoten Silber bis zum Betrage von zehn Millionen zur Verfügung zu stellen; zweitens, für Silbereinlagen auf das Giroconto 1/2 % Provision zu berechnen; drittens, Zahlungen nicht mehr in Fünfguldennoten und Einguldennoten, sondern in Silber zu leisten. Die bei der Bank zahlbaren Coupons werden in Silber liquidirt.

Paris, 14. Febr. Grevy empfing heute Morgen eine Deputation der Association der französischen Industrie, welche Berichte über die industrielle Lage erstattet. Die Association erklärt, sie erwarte von dem Präsidenten der Republik und den Kammern Schutz der nationalen Arbeit gegen die ausländische Concurrrenz durch wirksame Compensationsmalle. Der Präsident erwiderte, daß diese Fragen die ernsteste Beachtung seitens der staatlichen Gewalten verdienen. Die Abtheilungen der Kammern würden dieselben prüfen und die Regierung über die Bedürfnisse des Landes sich unterrichten. Die Interessen der nationalen Arbeit sollen nicht Preis gegeben werden. Einem Deputirten, welcher des Gerüchtes erwähnte, daß das neue Ministerium bei seiner Bildung den Freihändlern gegenüber sich engagirt habe, erwiderte Grevy mit der Versicherung, das Cabinet werde ohne Voreingenommenheit die Frage prüfen und allen Interessen Schutz angeheihen lassen.

Börsen-Depeschen.

Berlin, 14. Febr. (B. L. B.) [Schluß-Course.] Realisirungen.

Erste Depesche. 2 Uhr 40 Min.		Cours vom 14. 13.		Cours vom 14. 13.	
Deherr. Credit-Actien	397 —	398 50	Wien kurz	173 35	173 45
Deherr. Staatsbahn	430 50	430 —	Wien 2 Monate	172 30	172 35
Bombarden	118 —	117 50	Warschau 8 Tage	194 30	194 80
Schlef. Bankverein	86 50	86 60	Deherr. Noten	173 60	173 55
Bresl. Discontobank	66 25	66 —	Ruß. Noten	194 40	195 20
Bresl. Wechselbank	71 60	71 50	4 1/2 % preuß. Anleihe	105 10	105 10
Laurahütte	66 80	66 20	3 1/2 % Staatsschuld.	91 70	91 75
Donnersmardhütte	25 —	25 —	1880er Loose	110 40	110 30
Oberchl. Eisenb.-Beb.	30 —	30 —	77er Russen	84 —	84 10

(S. L. B.) Zweite Depesche. — Uhr — Min.

R.-D.-U.-St.-Prior.		Rheinische		Bergisch-Märkische		Köln-Mindener		Galizier		London lang		Paris kurz		Reichsbank		Disconto-Commandit	
Pofener Pfandbriefe	95 50	95 60	107 40	107 50	77 80	77 75	105 25	105 —	95 75	96 25	— 20	22 1/2	— 81 —	153 —	153 —	127 50	127 75
Deherr. Silberrente	54 90	54 90	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Deherr. Goldrente	64 90	65 —	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Türk. 5 % 1865er Anl.	12 60	12 80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Poln. Lia.-Pfandbr.	54 60	54 99	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rum. Eisenb.-Oblig.	28 90	29 75	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Oberchl. Litt. A.	122 —	121 —	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Breslau-Freiburger	64 25	63 90	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
R.-D.-U.-St.-Actien	108 50	108 40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

(B. L. B.) [Nachbörsen.] Creditactien 397, —, Franz. 429, 50, Lomb. 118, —, Discontocommandit 127, 70, Laura 66, 50, Deherr. Goldrente 64, 90, Ungarische Goldrente 72, 50, Russ. Noten 194, 75.

Spielverthe durch Realisirungen schwächer, deutsche Bahnen lebhaft, sehr fest, Banken und Montanpapiere behauptet, österreichische Renten un verändert, russische Fonds und Valuta schließlich nachgebend. Prioritätensgefragt. Disconto 2 1/2 pCt.

Frankfurt a. M., 14. Februar, Mittags. (B. L. B.) [Anfangs-Course.] Credit-Actien 199, —, Staatsbahn —, —, Lombarden —, —, 1860er Loose —, —, Goldrente —, —, Galizier —, —, Neueste Russen —, —, Schwächer.

Wien, 14. Febr. (B. L. B.) [Schluß-Course.] Befestig.

Cours vom 14. 13.		Cours vom 14. 13.			
1860er Loose	114 70	115 —	Nordwestbahn	112 50	112 75
1864er Loose	147 —	147 —	Napoleonsdr.	9 33	9 32 1/2
Creditactien	221 60	222 20	Marktnoten	57 65	57 55
Anglo	98 —	99 50	Ungar. Goldrente	83 60	83 90
Unionbank	65 25	66 50	Bankrente	62 40	62 45
St.-G.-A.-Cert.	248 50	246 75	Silberrente	63 40	63 45
Lomb. Eisenb.	67 50	68 —	London	116 90	116 85
Galizier	220 75	221 75	Deft. Goldrente	75 60	75 —

Paris, 14. Febr. (B. L. B.) [Anfangs-Course.] 3 % Rente 77, 30, Neueste Anleihe 1872 112, 70, Italiener 74, 85, Staatsbahn 537, 50, Lombarden 152, 60, Lärten 12, 47, Goldrente 65 1/2, Ungar. Goldrente 7 1/2, 1877er Russen 86 unentschieden, 3 % amori. —, Orient —, —.

London, 14. Febr. (B. L. B.) [Anfangs-Course.] Consols 96 1/2, Italiener 74, 03, Lombarden 6, 04, Lärten 12, 50, Russen 1873er 83 1/2, Silber —, —, Glasgow —, —, Wetter: Regen.

Berlin, 14. Febr. (B. L. B.) [Schluß-Bericht.]

Cours vom 14. 13.		Cours vom 14. 13.			
Weizen. Matt.	173 50	174 —	Rüßl. Matter.	57 50	57 80
April-Mai	179 50	180 —	April-Mai	57 80	58 10
Juni-Juli	—	—	—	—	—
Roggen. Schwach.	121 50	121 50	Spiritus. Matt.	51 30	51 50
Febr.	121 —	121 —	loco	51 30	51 30
April-Mai	121 —	121 —	Februar-März	52 20	52 20
Mai-Juni	114 15	114 50	April-Mai	52 20	52 20
Hafer.	116 50	116 50	—	—	—
April-Mai	—	—	—	—	—
Mai-Juni	—	—	—	—	—

Stettin, 14. Febr., — Uhr — Min. (B. L. B.)

Cours vom 14. 13.		Cours vom 14. 13.			
Weizen. Fest.	174 50	174 —	Rüßl. Fest.	57 —	56 50
Frühjahr	176 50	176 —	Febr.	57 —	57 —
Mai-Juni	—	—	April-Mai	—	—

Roggen. Rubig. Frühjahr 117 50 118 —, loca 49 70 49 80, Mai-Juni 118 50 119 —, Febr. 49 40 49 40, April-Mai 50 40 50 60, Mai-Juni 51 20 51 30

Petroleum. Febr. 10 50 10 40

(B. L. B.) Köln, 14. Febr. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen loco —, —, per März 18, 20, per Mai 18, 20, Roggen loco —, —, per März 11, 90, per Mai 12, 20, Rüßl loco 31, —, per Mai 30, 60, Hafer loco 12, 50, per März 12, 60, Wetter: —.

(B. L. B.) Paris, 14. Febr. [Productenmarkt.] (Anfangsbericht.) Mehl behauptet, per Februar 58, 50, per März-April 59, —, per Mai-Juni 59, 50, per Mai-August 59, 75, Weizen behauptet, per Februar 26, 75, per März-April 26, 75, per Mai-Juni 27, —, per Mai-August 27, 25.

